

Abgeordnetenhaus B E R L I N

18. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Verfassungsschutz

15. Sitzung

9. Mai 2018

Beginn: 12.03 Uhr
Schluss: 14.30 Uhr
Vorsitz: Florian Dörstelmann (SPD)

Punkt 1 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Deradikalisierung und Islamismusprävention in Berlin
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen)

0032
VerfSch

Hierzu: Anhörung

Florian Dörstelmann (SPD): Ich darf ganz herzlich die Anzuhörenden begrüßen – schön, dass Sie da sind! – in der Reihenfolge wie sie hier vor uns sitzen: Frau Gläser für Ufuq, Frau Hecking für KIGA e. V., Herrn Mansour für HAYAT-Deutschland, Herrn Kofi Ohene-Dokyi für RAA e. V. und Herrn Orhan Şenel und Herrn Dennis Walkenhorst, VPN, Violence Prevention Network e. V. – ich hoffe, ich habe alles richtig ausgesprochen. Herzlich willkommen! Vielen Dank, dass Sie heute hier sind, um uns für Fragen zur Verfügung zu stehen und mit uns diesen wichtigen Tagesordnungspunkt zu erörtern.

Von einigen Mitgliedern wurde die Bitte geäußert, nicht bis 15 Uhr zu tagen, wie wir es einmal ins Auge gefasst hatten, sondern wegen Folgeterminen nach Möglichkeit bis 14 Uhr, maximal 14.30 Uhr. Wir wollen versuchen, das einzuhalten. – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so. Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht wird. – Das ist der Fall. Dann verfahren wir so.

Wir kommen zur Begründung des Besprechungsbedarfs zum vorliegenden Tagesordnungspunkt 1. Diese erfolgt durch die Fraktion der SPD. – Herr Kollege Schreiber, bitte!

Tom Schreiber (SPD): Ich möchte das gern zum Anlass nehmen, mich insbesondere bei den Trägern und Vereinen zu bedanken, die heute hier hergekommen sind – im Grunde genommen drei Jahre danach. Kollege Lenz sitzt mir gegenüber. Wir haben damals als Koalition in der alten Wahlperiode das Thema mit auf die Tagesordnung gesetzt, auch damals mit der Opposition zusammen, weil klar war, dies ist keine Thematik von Parteitaktik, sondern tatsächlich eine, die uns in diesem Haus ein Stück weit bei der Frage geeint hat: Was kann man in der Prävention tun? Was brauchen wir? – Damals gab es den Aufschlag vom damaligen Innensenator mit 100 000 Euro. Wir hatten dann die Anhörung. In den laufenden Haushaltsberatungen sind es dann wesentlich mehr Gelder geworden: 760 000 Euro und 860 000 Euro im Doppelhaushalt. Das heißt, es hatte ein Stück weit eine Wirkung, aber das, was die Träger zur damaligen Situation vorgetragen haben – das Wortprotokoll habe ich noch, andere sicherlich auch –, hat uns sehr deutlich vor Augen geführt, dass wir eine große Aufbauarbeit brauchten und wahrscheinlich heute immer noch benötigen.

Mit viel Geld allein ist es nicht getan. Es geht um viel gute und kluge Expertise. Es geht auch darum, Prävention und Intervention zu leben, die Möglichkeiten zu nutzen und auch im Rahmen der Landeskommision zu schauen, wie man das begleiten kann, wo man Fachtagungen machen kann – oder eben, was den Verfassungsschutz betrifft: Wenn man beispielsweise eine Lageanalyse zum Thema salafistisches Spektrum in Berlin hat, muss sich das natürlich weitestgehend in den nächsten Jahren ein Stück weit in der Prävention spiegeln. Das heißt, das muss auch an das angeglichen werden, was wir haben und was Sie uns heute berichten werden.

Der letzte Punkt: Ich denke, es ist gut und sinnvoll, vielleicht auch einige kritische Punkte anzusprechen. Das ist auch der Sinn einer Anhörung: zu hören, was gut läuft und wo es vielleicht Bedarf gibt, etwas nachzusteuern, damit wir das in die Beratungen mitnehmen können. Vor drei Jahren lief das relativ zügig: Nach einem Monat haben wir das ausgewertet mit einem guten, vernünftigen Ergebnis. Wir alle haben die Hoffnung, dass wir das in der heutigen Anhörung mit Ihnen zusammen auch gut hinbekommen. Ich bin sehr gespannt auf das, was Sie sagen.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Danke, Herr Kollege Schreiber! – Gibt es weitere Anmerkungen zur Begründung vonseiten der Koalition? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir direkt in die Anhörung einsteigen. Mein Vorschlag wäre, in der Sitzreihenfolge zu verfahren. – Dann würde ich zunächst Ihnen, Frau Gläser, das Wort erteilen – es sei denn, Sie haben sich intern bereits auf eine andere Reihenfolge geeinigt, dem steht natürlich nichts entgegen. – Dann verfahren wir so. – Frau Gläser, bitte! Sie haben das Wort.

Mirjam Gläser (Ufuq.de): Vielen Dank für die Einladung! – Jetzt sind Sie noch frisch, das ist gut. Drei Sätze zu mir selbst: Ich bin Mirjam Gläser, bin Diplom-Politologin und arbeite seit drei Jahren für den Verein Ufuq, den Sie wahrscheinlich kennen – mir ist nicht ganz klar, wie gut, daher vielleicht noch zwei Sätze zu Ufuq: Ufuq ist ein Verein der politischen Bildung, der sich 2007 gegründet hat und in den Themenfeldern Islam, Islamismus und Islamfeindlichkeit tätig ist. „Ufuq“ ist ein türkisches und arabisches Wort, es bedeutet „Horizont“ – wir haben uns für die arabische Variante entschieden –, und wir haben die Idee, in der politi-

schen Bildung in diesen drei Themenfeldern quasi eine Perspektiverweiterung zu ermöglichen.

Ich habe noch einmal in das Protokoll geschaut. 2006 gab es ja auch eine Anhörung, an der mein Kollege Herr Dr. Götz Nordbruch teilgenommen hat. Ich hatte ein bisschen das Gefühl, ich kann vieles von dem wiederholen, was er gesagt hat – trotzdem hat sich auch einiges geändert. Insofern habe ich mir einige Ausführungen aufgeschrieben. Ich werde aber versuchen, mich an den fünf Minuten, die mir aufgegeben sind, zu orientieren.

Ufuq ist seit ein paar Jahren inzwischen auch ein bundeszentral geförderter Träger. „Demokratie leben!“ hat inzwischen auch bundeszentral geförderte Träger, nichtsdestotrotz bekommen wir auch Geld aus Berlin. Unser Verein ist in der universellen Prävention tätig. Wir sind sozusagen für ganz normale Jugendliche im globalisierten Klassenzimmer oder in Jugendeinrichtungen tätig. Wir sprechen immer von den vier Säulen von Ufuq: Ufuq macht zum einen Fortbildungen für Multiplikator/inn/en. Wir machen sogenannte Workshops für Jugendliche, in denen wir junge Menschen ausbilden, die dann in einer Art Peer-to-Peer-Projekt in Schulen und Jugendeinrichtungen tätig sind. Wir erstellen Materialien für pädagogische Fachkräfte – davon habe ich Ihnen etwas mitgebracht. Wir haben eine Website mit Fachbeiträgen, über die man sich rund um das Thema Islam in Deutschland informieren kann. Und wir haben die Idee, dass wir mit unserem Verein auch ein wenig Wissenschafts-Praxis-Transfer leisten. Ich würde Ihnen gern noch drei Grundsätze unserer Arbeit schildern: zum einen, dass „Der Islam ist ein Teil von Deutschland“ eine Aussage ist, die für Jugendliche auch lebbar gemacht wird. Die zweite Aussage ist: „Wer von Islamfeindlichkeit nicht reden will, sollte vom Islamismus schweigen“, und die dritte Aussage ist, Religiosität als eine Facette von muslimischen Lebenswelten zu sehen.

In dem Projekt in Berlin bieten wir Workshops für Jugendliche an, von denen ungefähr 40 im Jahr abgefragt werden. Wir haben in Berlin das Modellprojekt „Protest, Provokation oder Propaganda?“, bei dem wir in Schulen – aber auch in Jugendeinrichtungen – gehen und Lehrer/innen sowie Schulsozialarbeiter fortbilden. Wir haben ein neues Projekt, ein Bund-Länder-Projekt, das „bildmachen“ heißt, mit dem wir Medienkompetenz von Jugendlichen stärken, online alternative Narrative zur Verfügung stellen und mit Jugendlichen selbst entwickeln. Auch in diesem Projekt ist sozusagen ein Zweisprung, zum einen Multiplikator/inn/en fortzubilden, gleichzeitig aber auch Workshops für Jugendliche anzubieten.

Zu den Erfahrungen der letzten zwei Jahre: Was hat sich geändert? – Die Nachfrage ist nach wie vor relativ groß, weil es gerade in Schulen oft Unsicherheiten gibt und religiös konnotierte Konflikte auftreten: Wie ist das einzuschätzen? Die Nachfrage ist also nach wie vor groß, aber unser Eindruck ist, dass inzwischen zum Beispiel weniger Workshops zu den Themen Dschihadismus, Salafismus angefragt werden, sondern von Lehrenden eher allgemeinere Themen wie Gleichwertigkeitsvorstellungen oder Geschlechterfragen, Gerechtigkeit, Demokratie, Diskriminierung und Rassismus angefragt werden. Eine Veränderung ist auch, dass wir vorher hauptsächlich in sogenannten Brennpunkten und Brennpunktschulen in der Stadt unterwegs waren. Inzwischen werden wir durchaus auch in Marzahn-Hellersdorf, Grunewald oder Mitte angefragt. Ein Unterschied ist also auch, dass die politische Bildung, die wir ursprünglich eher für muslimisch sozialisierte Kids gemacht haben, inzwischen sozusagen breiter aufgestellt ist. Wir werden also noch mehr von sozusagen eher weißen Klassen oder sehr gemischten Klassen angefragt. Neu ist, dass Online ein wichtiges Thema ist, nach wie vor,

auch in der Propaganda. Deswegen sind wir sehr froh, dass wir dieses Bund-Länder-Projekt haben, in dem Berlin ein Partner ist – NRW, Hamburg und Bayern sind beteiligt –, und die Idee ist, dass noch mehr Bundesländer daran teilhaben können und dass sozusagen kritische Medienkompetenz für Jugendliche als Antwort gefördert werden kann.

Wenn Sie Ufuq kennen, dann wissen Sie, Herr Dr. Jochen Müller spricht immer von den drei I – Alliteration ist ein großes Wort –, Islam, Islamismus, Islamfeindlichkeit, oder den vier A, gegen die wir sozusagen politisch-bildend tätig sind, nämlich Abwertung, Ausgrenzung, absoluten Wahrheitsanspruch und antipluralistische Haltungen. Ich habe heute für Sie die drei R mitgebracht, die in der Islamismusprävention wichtig sind: Themen, die behandelt und unterstützt werden sollten. Das ist zum einen nach wie vor das Thema Religion. Die Idee von Ufuq ist, religiösen Bedürfnissen von Jugendlichen in Schule und Jugendeinrichtungen durchaus Raum zu geben, aber gleichzeitig Konflikte, die vielleicht religiös aufgeladen ausgetragen werden, nicht durch eine religiöse oder kulturelle Brille zu sehen. Wir haben nach wie vor das Gefühl: Wenn Jugendliche versuchen, mit ihrer Religiosität irgendwo anzudocken, sind sie oft mit dem konfrontiert, was mich zum nächsten R. bringt: Rassismus.

Nach wie vor sollte ein sehr wichtiger Teil in der politischen Bildung die Auseinandersetzung mit Rassismus sein, weil salafistische und islamistische Propaganda sehr stark mit diesem Phänomen spielt und Jugendlichen sagt: Ihr werdet nie zur Gesellschaft gehören – diese Trennung in deutsch und muslimisch –, ihr müsst nur zu uns kommen, dann ist alles gut. – Ich glaube, dass deswegen politisch aufgeladene Debatten bei Jugendlichen als diffamierend ankommen – wie sich letztlich noch einmal am Neutralitätsgesetz gezeigt hat –, denn, egal wie man zur Neutralität oder zu diesem Gesetz steht, die politisch aufgeladene Debatte darum wird von Jugendlichen als „Ihr gehört nicht dazu“ aufgenommen. Deswegen ist es wichtig, die Debatten nicht so emotional aufgeladen zu führen, gleichzeitig dieses Signal „Islam ist ein Teil von Deutschland“ immer wieder zu betonen und sich eben auch in Regelstrukturen mit Rassismus auseinanderzusetzen, also auch strukturellen oder institutionellen Rassismus zu thematisieren. Das machen Sie ja auch, Sie fordern ja auch Projekte, die das durchaus tun, wie zum Beispiel die RAA. Ein anderes, auch sehr wichtiges Thema ist Resilienz – um beim R. zu bleiben –: Widerstandskräfte zu fördern, also Jugendliche zu empowern und Jugendlichen sozusagen Angebote von Anerkennung und Selbstwirksamkeit zu machen. Auch das machen Sie bereits, aber ich würde noch einmal betonen, dass es sehr wichtig ist.

Damit komme ich zu meinem Fazit. Es ist gut, wie es zurzeit funktioniert: dass freie Träger gefördert werden, die Konzepte entwickeln. Gleichzeitig ist ein sehr wichtiger Appell von unserer Seite: Es ist wichtig, Geld in Regelstrukturen und in die Jugendarbeit zu stecken, also sozusagen die ganz normale Jugendarbeit finanziell besser auszustatten. Unsere Vorstellung ist so ähnlich, wie es jetzt schon funktioniert, dass wir sozusagen als Innovationsträger Methoden entwickeln, die dann aber in die Regelstrukturen überführt werden. So ist auch jetzt ein wenig unser Ansatz: Wir können all die Anfragen nicht mit 12 Leuten im Verein selbst bewältigen. Wir sind dazu übergegangen, selbst Multiplikatoren fortzubilden, die dann wiederum Fortbildungen in ihren Regelstrukturen machen. Wir haben jetzt zum Beispiel eine Fortbildung für Ausbilder/innen von Referendaren, die wir fortbilden, sodass sie quasi unsere Arbeit machen können, um die Themenfelder Islam, Islamismus, Islamfeindlichkeit in die Regelstrukturen zu bringen. – Vielen Dank! Ich hoffe, Sie hören zu.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Wunderbar, Frau Gläser! Vielen Dank! – Frau Hecking! Vielen Dank erst einmal, dass Sie kurzfristig eingesprungen sind und uns heute als Repräsentantin der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus zur Verfügung stehen! Bitte, Sie haben das Wort!

Britta Hecking (KIgA): Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung zur Ausschusssitzung! Ich vertrete, wie gerade schon erwähnt, heute Herrn Demirel, den Direktor der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus, der leider kurzfristig verhindert war und sich entschuldigt. Ich selbst arbeite seit April 2017 für die KIgA und habe Anfang des Jahres die Leitung unseres Modellprojekts im Rahmen der Radikalisierungsprävention übernommen. Ich komme von der Universität Leipzig, Fachbereich Arabistik, und habe über Jugend und Stadtentwicklung promoviert.

Herr Demirel hat hier im vorletzten Jahr schon sehr ausführlich die KIgA, unsere Ansätze und auch schon unsere Ansätze der Radikalisierungsprävention vorgestellt. Aus diesem Grund gehe ich jetzt vor allem auf den aktuellen Stand unserer Arbeit ein, unsere Erfahrungen und Erfolge sowie unsere Pläne für die nächsten Jahre. Vorweg werde ich noch einmal kurz erläutern, warum wir von der KIgA auch in der Radikalisierungsprävention tätig geworden sind.

Im Rahmen unserer politischen Bildungsarbeit für die vielfältige Gesellschaft in der mehrheitlichen Minderheitenstadt haben wir 2015 überlegt, ob wir in der Radikalisierungsprävention tätig werden wollen, weil dieser Ansatz, das lässt sich nicht leugnen, auch eine Stigmatisierung enthält: Wir postulieren, dass bestimmte Menschen in bestimmten Lebenssituationen für radikale Ideologien und Weltanschauungen empfänglich sind. Nicht zu Unrecht stößt der Begriff oder das Konzept der Radikalisierungsprävention bei vielen muslimisch sozialisierten Menschen auf Skepsis. In einer Gesellschaft, in der antimuslimische Ressentiments sehr verbreitet sind, vermuten sie hinter diesem Konzept ein generelles Misstrauen gegenüber der Vereinbarkeit von Islam und Demokratie. Gleichzeitig, auch das lässt sich nicht leugnen, werden Jugendliche aus verschiedenen Milieus in Berlin von den Ideologien und Weltanschauungen radikaler Gruppierungen erreicht. Aus diesem Grund halten auch wir es für richtig und wichtig, in der Radikalisierungsprävention tätig zu werden.

Der Begriff der Radikalisierung impliziert einen Prozess, der individuell sehr unterschiedlich verläuft und daher auch nicht einfach gemessen werden kann. Das beinhaltet eine Herausforderung für die Radikalisierungsprävention: Wann beginnt die Radikalisierung? Ab wann ist ein Jugendlicher radikal? Bis wohin bewegen sich seine Einstellungen im Bereich der Religionsfreiheit und Minderheitenrechte? Ab wann sind sie demokratifeindlich oder diskriminierend? – Wenn wir im Rahmen unserer Bildungsarbeit von Radikalisierungsprävention sprechen, sprechen wir in erster Linie von primärer Prävention. Wir wollen all jenen Praktiken und diskursiven Praktiken entgegenwirken, die Gewalt, auch verbale Gewalt, beinhalten, die andere Minderheiten – ethnische Minderheiten, Religionen, Lebensanschauungen, sexuelle Identitäten – beleidigen, diskriminieren oder gesellschaftliche Teilhabe und demokratisches Zusammenleben in Vielfalt ausschließen. Diese Form der Radikalisierung muss von Anfang an bekämpft werden. Gerade weil die Grenzen sehr fließend sind, ist es wichtig, präventiv mit Jugendlichen in Berlin rund um das Thema Radikalisierung im Kontext des Zusammenlebens in Vielfalt zu arbeiten. Dabei beziehen wir auch Ansätze und Methoden der Antidiskriminierungsarbeit ein, da eigene Ausgrenzungserfahrungen und Benachteiligungen im Prozess der Radikalisierung eine Rolle spielen.

In unserer pädagogischen Arbeit gegen Antisemitismus gibt es Schnittstellen zum Thema religiös begründeter Radikalisierung. In unserem Strukturprojekt bieten wir daher auch Fortbildungen zum Thema Radikalisierungsprävention für Fachkräfte der Jugendarbeit an. Darüber hinaus haben wir ein Modellprojekt zur Radikalisierungsprävention entwickelt, das Herr Demirel bereits vor zwei Jahren hier vorgestellt hat. Ich berichte nun von den Erfahrungen und Erfolgen der letzten beiden Jahre und von unseren Plänen.

Im Sinne der primären Radikalisierungsprävention arbeiten wir in dem Modellprojekt mit dem Titel „Akteure der Jugendbildung stärken – Jugendliche vor Radikalisierung schützen“ mit Jugendlichen und mit Multiplikator/inn/en, um sie über den radikalen Islam aufzuklären, ihnen eine positive Einstellung zu Vielfalt zu vermitteln und sie gegen jegliche Form von Diskriminierung – erlebte und ausgeübte – zu stärken. Das Projekt umfasst im Wesentlichen drei Säulen. Die erste Säule ist eine einjährige Peer-Ausbildung mit Praxisseinsätzen. Die zweite Säule ist die sozialraumorientierte Präventionsarbeit, seit 2015 in der Werner-Düttmann-Siedlung in Berlin-Kreuzberg. Die dritte Säule ist die Methodenentwicklung und -erprobung in Form von Seminarreihen, aktuell an einer Kreuzberger Oberschule, geplant auch an weiteren Schulen. Angestrebt ist eine nachhaltige Integration der Absolvent/inn/en der Peer-Ausbildung in die zweite und dritte Säule des Projekts. – Jetzt stelle ich kurz die Peer-Ausbildung vor und anschließend unseren Sozialraumansatz.

Am 5. April 2018 haben die Absolvent/inn/en der ersten Runde des Ausbildungszyklus 2016/17 im Roten Rathaus von der Staatssekretärin für bürgerschaftliches Engagement, Sawsan Chebli, die Zertifikate verliehen bekommen. Im selben Monat begann bereits die zweite Ausbildungsrunde mit einer Gruppe hochmotivierter Teilnehmer/innen aus Berlin, Dortmund und Bielefeld. Das Engagement der 16 Teilnehmer/innen beeindruckte uns auch dieses Jahr wieder sehr. Wir vermitteln ihnen in der Ausbildung zum einen Fachwissen und Methoden der pädagogischen Arbeit zu den Themen politische Bildung in der vielfältigen Gesellschaft, Geschichte und aktuelle Erscheinungsformen des Antisemitismus, antimuslimischer Rassismus, Radikalisierung und Salafismus, Nahostkonflikt, mediinpädagogische Kompetenzen der kritischen Medienanalyse. Ein wichtiger Teil dieser Ausbildung ist aber vor allem auch die Vermittlung von Teamer-Qualifikationen. Der Praxisbezug während der Ausbildung – unter anderem durch erste Praxisseinsätze in Schulen oder in Jugendeinrichtungen – ist entscheidend für die Nachhaltigkeit unseres Peer-Konzepts. Das ist uns bisher auch sehr gut und erfolgreich gelungen. Eine Teilnehmerin der ersten Peer-Ausbildung arbeitet jetzt beispielsweise in einem weiteren Projekt der KIgA mit. Drei weitere Absolventinnen der ersten Runde gestalten und halten unter Betreuung und Koordination unserer Mitarbeiter eine Seminarreihe an einer Kreuzberger Oberschule. Weitere Kooperationen mit Schulen sind aktuell in Planung. Drei weitere „Akrans“ – so der Name unserer Peer-Ausbildung – sind regelmäßig im Jugendzentrum in der Werner-Düttmann-Siedlung im Rahmen unserer Sozialraumarbeit aktiv.

An dieser Stelle möchte ich zu der zweiten Säule unseres Projekts überleiten, dem Sozialraumansatz. Durch die Förderung im Rahmen des Landesprogramms „Berlin gegen Gewalt“ haben wir 2017 unsere Sozialarbeit in der Werner-Düttmann-Siedlung vorantreiben und weiterentwickeln können. In enger Zusammenarbeit mit den Akteuren vor Ort und unseren Peers gestalten wir spezifische Angebote mit, zum einen für Jugendliche, zum anderen für Frauen und Mütter, aber auch Angebote für alle Anwohner/innen, zum Beispiel Anwohnerforen und

Filmvorführungen mit anschließender Diskussion, sowie Fortbildungsangebote und Beratungen für die Fachkräfte der sozialen Arbeit und der Jugendarbeit vor Ort. Die Angebote für Frauen und Mütter haben wir im letzten Jahr beispielsweise in ein bestehendes Angebot des Nachbarschaftstreffs, das Frauenfrühstück, integriert und konnten diese Zielgruppe so besser erreichen.

Durch die regelmäßige Präsenz vor Ort können wir die Bedürfnisse an Beratungen und Fortbildungen gut identifizieren und entsprechende Angebote konzipieren. Aktuell bereiten wir eine Fortbildung vor, die den Fachkräften helfen soll, verschiedene Formen und Ebenen von Diskriminierung zu erkennen, da wir gemerkt haben, dass es zum Begriff der Diskriminierung große Unsicherheit gibt: Wo beginnt Diskriminierung? Welche Formen gibt es? usw. – Ebenfalls in Planung befindet sich eine Veranstaltung für Bewohner/innen und Fachkräfte zum Thema „Respekt – ohne Gewalt und Diskriminierung“. Durch regelmäßige Präsenz im Jugendzentrum ist es unseren Peers auch gelungen, durch Beziehungsarbeit ein vertrauensvolles Verhältnis zu den Jugendlichen aufzubauen, das es ihnen ermöglicht hat, mit den Jugendlichen zu den jeweiligen Themen der Kiezdialoge zu arbeiten. Als Kiezdialoge bezeichnen wir all die Veranstaltungen, die wir in der Werner-Düttmann-Siedlung anbieten, eben die Workshops für Frauen, für Jugendliche, Filmvorführungen, Anwohnerforen, die wir dort im Rahmen der sozialraumbasierten Präventionsarbeit anbieten.

Durch zusätzliche Förderungen bieten wir dieses Jahr weitere Angebote an, die vor allem die Attraktivität unserer Angebote für Jugendliche im außerschulischen Bereich steigern sollen. Unsere Erfahrung hat gezeigt, dass die Mehrheit der Jugendlichen, abgesehen von einer kleinen Anzahl von Engagierten, die zu unserer Zielgruppe gehören, durch explizite politische Bildungsangebote schwer erreichbar ist. Der Peer-Ansatz in Kombination mit jeder Erweiterung unseres Ansatzes, zum Beispiel durch die Einbeziehung jugendkultureller Angebote und/oder Anreize wie der Teilnahme an einer internationalen Jugendbegegnung – geplant ist ein Jugendaustausch mit einem Jugendklub in Marseilles im August 2018 –, zeigt sich hier gerade vielversprechend, fordert aber mehr personelle und finanzielle Ressourcen, als wir aktuell zum Beispiel auch über das Landesprogramm finanziert bekommen.

So gelang es uns beispielsweise im Rahmen der Kiez-Dialoge im November 2017, die Jugendlichen zur aktiven Teilnahme an einem Einwohnerforum zu mobilisieren, zu dem wir einen ihnen bekannten Rapper – Robert Andjelkovic alias Drob Dynamic –, eingeladen hatten, der über Diskriminierung im Internet und in der Hiphopszene sprach.

In diesem und im kommenden Jahr wollen wir außerdem unseren Sozialraumansatz zur Radikalisierungsprävention auch auf andere Berliner Stadtteile ausweiten und weiterentwickeln, vor allem eben, um die Übertragbarkeit unseres Konzepts bis Ende 2019 – so lange läuft unser Modellprojekt noch – zu erproben. Um dies zu ermöglichen, müssen wir finanziell und personell jedoch stärker aufgestellt werden, um beispielsweise auch einer Peer-Absolventin eine Stelle im Projektteam insbesondere für die Sozialraumarbeit anbieten zu können.

Unser Ziel ist es, ab 2020 ein Methodenrepertoire für die Jugendarbeit und Erwachsenenarbeit und eben auch für Fortbildungen mit Fachkräften im Sozialraum so weit entwickelt zu haben, dass wir eben auch in weiteren Stadtteilen in Berlin oder auch bundesweit Angebote zur sozialraumorientierten Radikalisierungsprävention und zur Förderung der sozialen Kohäsion in den Förderquartieren des Programms „Soziale Stadt“ anbieten können.

Aktuelle Entwicklungen wachsender sozialer Ungleichheiten und der Mangel an kostengünstigem Wohnraum werden Segregationsprozesse in Zukunft voraussichtlich verschärfen. Nachbarschaften, die von Vielfalt und verdichteten sozialen Unsicherheiten geprägt sind, werden unsere Gesellschaft vor neue Herausforderungen stellen. Zur weiteren Ausarbeitung unserer Methoden, die wir im Bereich der Radikalisierungsprävention entwickelt haben und bei welchen wir verdeutlichen, welche Ursachen zur Radikalisierung führen können – ohne dabei explizit nur auf den religiös bedingten Extremismus zu schauen –, werden ebenfalls zusätzliche Mittel benötigt. Denn besonders für die Arbeit mit Jugendlichen ist es wichtig, pädagogische Materialien medial ansprechend aufzubereiten, um das Interesse für das Thema nachhaltig zu erhalten. – Damit bin ich auch schon fertig mit meinem Beitrag.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank! – Dann habe ich hier als Nächsten Herrn Mansour von HAYAT Deutschland – Herr Mansour, bitte!

Ahmad Mansour (HAYAT Deutschland): Vielen herzlichen Dank für die Einladung! Erlauben Sie mir auch zu sagen, dass ich in beiden Bereichen aktiv bin: im Bereich der Deradikalisierung und der Präventionsarbeit. Bei der Präventionsarbeit hat das wenig mit HAYAT zu tun – dazu komme ich aber auch später.

Deradikalisierungsarbeit, wie HAYAT sie macht, ist eigentlich eine Art von Elternbetreuung. Das bedeutet: Wir sind Teil des Netzwerks „BAMF-Deradikalisierungshotline“ und rufen direkt Eltern, Angehörige, aber auch Lehrer und Sozialarbeiter an, die Hilfe beim Umgang mit ihrem Kind, mit ihrem Schüler brauchen, wenn sie radikale Tendenzen erkennen. Natürlich gibt es auch Fälle, die nach einem Anruf als nichtradikal zu bezeichnen sind; die sind abgeschlossen.

Aber nach so vielen Jahren der Arbeit haben wir mittlerweile über 439 Fälle – 150 davon sind aus Berlin –, die wir langfristig begleitet haben, teilweise mit Erfolg: Die Hälfte der Fälle ist erfolgreich abgeschlossen. Das bedeutet, dass weitere Radikalisierungstendenzen gestoppt werden konnten. Das bedeutet nicht, dass die Leute jetzt Superdemokraten geworden sind,

aber wir haben es geschafft, dass sie z. B. nicht nach Syrien ausgereist sind oder dass sie zu einer anderen religiös-radikalen Gruppe gegangen sind, die vielleicht auch eine Distanz zur Gewalt hat.

Durch die Arbeit entstanden auch Ausstiegsprozesse: Wir haben Dutzende jugendlicher Frauen wie Männer, die durch die Beratung der Eltern zur direkten Beratung gegangen sind – wo wir also auch mit den Jugendlichen selber gesprochen haben –, oder Jugendliche, die sich selbst gemeldet und Hilfe beim Ausstieg benötigt haben. Wir haben hier in Berlin in der JVA einen hochrangigen verurteilten Terroristen über zwei Jahre lang begleitet und versuchten, diese Haftzeit zu nutzen, um ihn zur Distanzierungsarbeit, aber auch zur Ausstiegsarbeit zu bewegen. Das ist eine Arbeit, die wir für notwendig und für sehr wichtig halten, um die Zeit zu nutzen, in der die Menschen im Gefängnis sind, um sie zu erreichen, bevor sie dann zur Last der Sicherheitsapparate werden.

Wenn wir die 439 Fälle anschauen, dann merken wir ganz schnell, dass die Ursachen für Radikalisierung sehr vielschichtig sind. Ich mache das auf drei Ebenen: Die erste Ebene ist die psychologische Ebene, dann die soziologische Ebene, dann die ideologisch-theologische Ebene. Die psychologische Ebene: Wenn wir die Familien oder die Jugendlichen analysieren, dann merken wir ganz schnell, dass die meisten von denen aus Familien kommen, wo Familienverhältnisse nicht in Ordnung sind. Das bedeutet: Es gibt keine richtigen Familienstrukturen im Alltag. Die meisten kommen aus Familien ohne Vater, also die Vaterfigur hat massiv an Autorität verloren oder existiert gar nicht. Es handelt sich um persönliche Krisen, die diese Jugendlichen erleben. Diese persönlichen Krisen führen subjektiv dazu, dass diese Menschen auf der Suche nach Entlastung, nach einem neuen Anfang sind.

Und wenn dann diese Jugendlichen dieses subjektive Gefühl entwickeln, öffnet sich ein Fenster, das nach unserer Erfahrung maximal zwei Jahre offen ist, und in diesen zwei Jahren sind diese Jugendlichen ansprechbar. Sie suchen nicht nach Religion, sondern sie suchen nach Entlastung. Die Frage, die wir uns als Gesellschaft stellen müssen, ist: Wer ist heute in der Lage, diese persönlichen Krisen zu erkennen und Angebote zu machen? – Leider sind die Radikalen aller Sorten die besseren Sozialarbeiter geworden und viel besser in der Lage, Angebote zu machen, Bindungen zu schaffen und diese Jugendlichen in ihre Richtung zu lenken.

Die soziologische Ebene ist meistens die Suche nach Identität, nach klarer, sichtbarer Identität, wo ich mich als Jugendlicher abgrenzen, aber auch aufwerten und somit andere Menschen abwerten kann. Also die Zugehörigkeit zu einer Elite spielt eine enorm große Rolle.

Die dritte Ebene ist die theologisch-ideologische Ebene, also eine Ideologie, die diesen Jugendlichen eine Antwort im Alltag anbietet, Orientierung und Halt. Hier spielt Religion – oder ich sage es bewusst – das Islamverständnis eine wichtige Rolle. Man kann nicht sagen, dass Radikalisierung nichts mit der Religion zu tun hätte – sie hat definitiv mit einem bestimmten Religionsverständnis zu tun. Das ist ein Religionsverständnis, das vor allem die Menschen entmündigt. Die Jugendlichen bauen sozusagen Schwarzweißbilder, in denen sie auf der einen Seite die Besseren sind, die die absolute Wahrheit besitzen, und in denen die anderen, die anders leben, abgewertet werden. Da ist ein Gott, der mit Angst arbeitet, der keine Kritik zulässt, der die Menschen dazu bewegt, nicht zu hinterfragen, sich nicht ihre eigene Meinung zu bilden. Vielmehr orientieren sie sich an irgendwelchen Autoritäten, die ihnen sagen, wo es langgeht.

Wenn Sie in Schulen unterwegs sind, dann werden Sie merken, dass einige der am meisten verbreiten Wörter auf Schulhöfen „halal“ und „haram“ sind, also „erlaubt“ und „nicht erlaubt“. Diese Jugendlichen kommen nicht auf die Idee, allein zu denken und allein für sich Entscheidungen zu treffen. Ich glaube, das ist ein sehr wichtiger Punkt, wenn es darum geht, Präventionsarbeit zu leisten: Prävention bedeutet, Menschen mündiger zu machen, sie zu bewegen, zu hinterfragen, ihre eigene Meinung zu bilden.

Wenn wir die ideologische Ebene anschauen, dann merken wir, dass wir eine Vorstufe der Radikalisierung haben. Das bedeutet: Jugendliche werden nicht vom IS oder von Al-Kaida oder von Salafisten angesprochen und entdecken ein neues Land, sondern Jugendliche sind in bestimmten Verhältnissen großgeworden, wo eine gewisse Basis schon angelegt ist, an der die Radikalen andocken können: Es sind bestimmte Feindbilder, die diese Jugendlichen haben, es sind bestimmte antisemitische Einstellungen, es sind bestimmte Rollenbilder, es sind bestimmte Verschwörungstheorien, die die Jugendlichen anfällig machen für weitere Radikalisierung.

Deshalb reicht es nicht, Deradikalisierungsarbeit zu leisten, denn Deradikalisierungsarbeit ist immer eine individuelle Arbeit, eine sehr intensive Arbeit, die sehr lange braucht. Wenn wir als Gesellschaft gewinnen wollen, müssen wir viel früher andocken – in der Präventionsarbeit. Präventionsarbeit bedeutet natürlich, solche Projekte zu haben, aber auch Regelstrukturen. Man muss die Schulen befähigen, viel besser mit bestimmten Themen umzugehen, im Alltag schon zu diskutieren und Räume zu schaffen, wo Jugendliche z. B. über aktuelle politische Themen reden können, über Antisemitismus reden können, wo über Werte diskutiert werden kann. Deshalb ist der Ethik-Unterricht enorm wichtig, um diese Jugendlichen vorbeugend schon zu erreichen, ihnen Alternativen anzubieten und Denkanstöße zu geben.

Der zweite Ort, wo diese Präventionsarbeit stattfinden muss, sind Gefängnisse, denn Gefängnisse sind die Fachhochschulen der Radikalen. Das bedeutet nicht, dass jeder, der im Gefängnis ist, sich radikaliert. Aber Gefängnis bedeutet vor allem einen Raum, in dem Menschen nach Orientierung und Halt suchen, und da ist die Frage, wer diese Jugendlichen anspricht. Missionierungsarbeit findet intensiv in vielen Gefängnissen statt. Die Jugendlichen sind empfänglich, und deshalb müssen wir schneller sein als die Radikalen – übrigens aller Sorten; auch Rechtsradikale sind in Gefängnissen aktiv – und müssen den Jugendlichen Alternativen anbieten. Auch da brauchen wir Dialogplattformen, in denen man bestimmte Themen anspricht: patriarchalische Strukturen, die Beziehung zum Vater, Missionierung, Dogmen, Antisemitismus, aktuelle politische Themen.

Der dritte Ort der Präventionsarbeit muss das Internet sein, denn im Internet findet massiv online Propaganda aller Sorten der Radikalen statt – und ich bitte hier, nicht nur den IS oder irgendwelche Terrororganisationen im Blick zu haben. Wir sehen schon jetzt eine gewisse Entwicklung, wo die Strukturen nicht mehr wichtig sind. Das bedeutet: Wir werden auch in der Zukunft Jugendliche haben, die sich radikalisieren, die keinerlei Kontakte zum IS oder zu irgendwelchen Terrororganisationen haben, aber die Ideologie in sich tragen, bestimmte Einstellungen haben, die sich im Internet weiter radikalisieren und für unsere Gesellschaft gefährlich sein werden. Deshalb brauchen wir Gegennarrative. Deshalb müssen wir in sozialen Medien Sozialarbeit zu leisten – da, wo die Jugendlichen sind. Sie sind nicht mehr fünf, sechs Stunden pro Tag im Jugendzentrum nach der Schule, sondern sie sind online in Facebook und anderen sozialen Medien, und da müssen wir sie erreichen.

Schauen Sie sich einmal die Debatte um das Kinder-Kopftuchverbot in Nordrhein-Westfalen an! Da werden Sie merken, wie viele radikale Gruppen im Internet aktiv sind und diese Debatte für sich nutzen, um die Jugendlichen zu rekrutieren und für sich zu gewinnen.

Der letzte Ort sind natürlich die außerschulischen Aktivitäten. Es geht also darum, die Jugendlichen da, wo sie sind, zu erreichen und mit ihnen nicht nur über Diskriminierungserfahrungen und Rassismus zu reden. Denn von diesen 439 Fällen haben wir kaum Jugendliche, die sich primär radikalisiert haben, weil sie diskriminiert werden. Das bedeutet nicht, dass wir keine Diskriminierung in dieser Gesellschaft haben. Aber sie spielt nicht primär eine Rolle, wieso Menschen sich radikalisieren. Wenn die Menschen schon dieses Weltbild haben, dann haben sie ganz viel Bestätigung durch Diskriminierungs- und Rassismusverhalten. Aber wir müssen diese Menschen als gleichberechtigt wahrnehmen. Die Muslime sind nicht nur Opfer in unserer Gesellschaft, sondern sie sind Träger, sie sind Mitglieder dieser Gesellschaft. Sie können auch Täter sein, und wenn wir mit denen Präventionsarbeit leisten wollen, dann müssen wir sie auch gleichberechtigt behandeln und dürfen mit ihnen nicht nur Projekte machen, in denen sie alle nur Opfer von Rassismus und Diskriminierung sind. – Danke schön!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank! – Dann habe ich jetzt Herrn Ohene-Dohyi – bitte, Sie haben das Wort!

Kofi Ohene-Dohyi (RAA e. V.): Schönen guten Tag! Ich bedanke mich für die Einladung – zwei Stellungnahmen waren ja auch vor zwei Jahren hier. – Ich arbeite für die RAA Berlin seit 2001. Vielleicht nur kurz: Die RAA Berlin ist ein anerkannter Träger der Jugendhilfe, der seit 1991 Partizipationsprojekte in Schule, Schulumfeld und in der Kommune initiiert, trägt und unterstützt. Die RAA entwickelt Materialien und Fortbildungen. Vor allem aber berät sie Schulen und Communitys, Organisationen, Behörden und andere kommunale Einrichtungen und unterstützt damit die Schaffung von Chancen- und Bildungsgerechtigkeit und eine diversitätsgerechte Ausgestaltung von gesellschaftlichen Angeboten und Institutionen.

Seit 2010 setzt die RAA community-basierte Ansätze zur Förderung der demokratischen Partizipation und Prävention religiös begründeter Radikalisierung um. Ein Projekt, das Sie vielleicht kennen werden, ist „JUMA – jung, muslimisch, aktiv“. Mit dem Projekt wurde eine Plattform geschaffen, über die sich junge muslimische Menschen aktiv an der Gesellschaft beteiligen und sich einbringen können in den Diskurs, der in Deutschland über Islam oder Muslime geführt wird. In dem Projekt setzen sie sich ein für den Abbau von Vorurteilen gegenüber Muslimen, aber auch für mehr Austausch, Dialog, Zusammenhalt und Kooperation zwischen muslimischen Menschen und Menschen anderer Religion oder Weltanschauung. Gleichermaßen erteilen sie mit ihrem Engagement allen Formen von demokratie- und menschenfeindlichen Ideologien und Positionen eine klare Absage.

Aufbauend auf den Ergebnissen, Erfahrungen und Kontakten aus diesem Projekt setzen wir seit 2015 das Projekt „Extrem demokratisch – muslimische Jugendarbeit stärken!“ um. Das Projekt richtet sich an junge Menschen, die ehrenamtlich in der Jugendarbeit mit muslimischen Jugendlichen tätig sind. Wir bieten ihnen im Projekt Seminare und Coachings, in denen sie ihre Fähigkeiten als Jugendarbeiter/innen im Sinne des SGB VIII – also Kinder- und Jugendhilfegesetz – weiterentwickeln und ihre Jugendarbeit mit den organisierten und bestehenden Strukturen und anderen Akteuren der Jugendarbeit vernetzen können.

Aufbauend auf ihren bereits vorhandenen Kompetenzen und Ressourcen erarbeiten sie in Zusammenarbeit mit Expert/inn/en Handlungsansätze, mit denen junge Menschen in ihren demokratischen Kompetenzen gefördert und gegen eine Übernahme extremistischer und menschenfeindlicher Ideologien gestärkt werden können.

Die derzeit rund 30 Teilnehmer/innen in Berlin lernen, sich argumentativ mit extremistischen Argumentationen und Ideologiefragmenten oder Ideologien auseinanderzusetzen. Sie lernen Handlungsmöglichkeiten kennen, mit denen präventiv mit jungen Menschen gearbeitet werden kann, und ihre Fähigkeit wird gefördert, Radikalisierungstendenzen früh zu erkennen und adäquat darauf reagieren zu können, also zu wissen: Wo kann ich Unterstützung und Hilfe bekommen, wenn ich tatsächlich Radikalisierung oder Veränderung bei den Jugendlichen wahrnehme?

Das im Projekt erworbene Wissen und die Kompetenzen setzen sie derzeit in Form von Praxisprojekten um, in denen sie ihre Jugendarbeit weiterentwickeln oder sich auch ganz dediziert mit der Auseinandersetzung mit extremistischen Ideologien beschäftigen. – Vielleicht, dass sie ein Bild bekommen: Es gibt eine Gruppe, die als Praxisprojekt eine Kieztour organisiert. Für sie hat sich die Klientel auch quasi im Zuge der Flüchtlingsbewegung verändert. Wir haben sehr viele Jugendliche und zum Teil unbegleitete Flüchtlinge aus Syrien, und um denen mehr Orientierung zu bieten, organisieren sie eine Kieztour, die sich quasi die Nachkriegsgeschichte Berlins anschaut, um den Jugendlichen einerseits Orientierung zu bieten, aber auch, um über die Auseinandersetzung mit dem Thema Krieg, aber auch Wiederaufbau Impulse und Orientierung zu geben. – Das ist ein Bestandteil, wie sie sich auf veränderte Bedingungen in ihrer Jugendarbeit einstellen.

Eine andere Gruppe ist gerade dabei, Videos zu entwickeln, mit denen sie ganz gezielt junge Leute im Internet ansprechen wollen, die religiöse Angebote aufsuchen, und sie versuchen, sich zum Teil auf humoristische Art und Weise mit dogmatischem Glaubensverständnis auszuseinanderzusetzen.

Bei einem Ansatz geht es vor allem um das Empowerment von muslimischen Frauen. Auch weibliche Jugendliche radikalisieren sich, und eine Ursache sind unter anderem letztlich auch falsch verstandene Rollenbilder islamischer Natur von muslimischen Frauen. Hier versucht eine Gruppe, Konzepte zu entwickeln, wie junge Frauen in ihrem Selbstverständnis, in ihrer Identität gestärkt werden können.

Die Erfahrungen aus der Arbeit der vergangenen Jahre haben auch in unserem Projekt „Extrem demokratisch“ gezeigt, dass muslimische Jugendliche auch mit ihrer religiösen Identität als gleichwertiger und gleichberechtigter Teil der Gesellschaft anerkannt werden wollen. Sie wollen partizipieren, und sie wollen sich positiv einbringen. Wir merken: Es fehlt oft noch an ausreichenden Gelegenheiten und Angeboten, die ihnen zum Teil eben auch ohne Generalverdacht begegnen und sie in ihrem Bedürfnis nach Anerkennung und Teilhabe unterstützen.

Insgesamt erleben wir, dass es wichtig ist, die muslimische Community als Partner bei der Bewältigung der gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen einzubeziehen, dass junge Menschen sich radikalisieren, demokratie- und menschenrechtsfeindliche Ideologien entwickeln. Ihre Einbeziehung ist vor allem auch deshalb notwendig, weil sich – wie die Forschung auch zeigt – potenziell junge Menschen aller gesellschaftlichen Milieus und Schichten radika-

lisieren können. Auch die muslimische Community teilt die Sorge, dass junge Menschen von Radikalisierungsansprachen erreicht werden. Deshalb müssen auch dort Kompetenzen und Handlungsstrategien weiter ausgebaut werden, mit denen diesen effektiv begegnet werden kann. Die Bedrohung durch Extremisten, die den Islam für ihre Ideologie missbrauchen, verstärkt ablehnende Haltung und Feindlichkeit gegenüber muslimischen Menschen insgesamt. Es ist wichtig, dass die Community sowohl als Betroffene als auch als Akteur gegen Radikalisierung wahrgenommen und gestärkt wird.

Wichtig ist aber auch, dass die Community in diesem Kontext auch als Betroffene von wachsender Diskriminierung und Ausgrenzung wahrgenommen und unterstützt wird. Das stärkt den Zusammenhalt in unserer vielfältigen Gesellschaft und wirkt Polarisierung und Spaltung entgegen, aus denen letztlich Extremisten jeglicher Couleur ihr Kapital schlagen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Ohene-Dohyi! – Herr Senel gleich anschließend – bitte!

Orhan Senel (VPN e. V.): Vielen Dank erst einmal für die Einladung heute! – Zur Einleitung und Einführung ein, zwei Sätze zu mir: Orhan Senel mein Name; ich bin pädagogischer Mitarbeiter und Projektkoordinator bei „Violence Prevention Network“. Was ich machen werde: Erlauben Sie mir, dass ich heute die Vorstellung der Angebote von „Violence Prevention Network“ in Berlin in Intervention und Prävention einteile, damit man einen Überblick hat, denn die einzelnen Projekte aufzuzählen würde, glaube ich, den zeitlichen Rahmen sprengen.

Im Interventionsbereich ist „Violence Prevention Network“ im Themenfeld religiös begründeter Extremismus seit fast über acht Jahren präventiv und interventiv unterwegs. Im Interventionsbereich bieten wir jetzt seit einigen Jahren diese Einzelberatungen an, Einzelberatungen im Kontext von aufsuchender Arbeit mit Jugendlichen oder jungen Erwachsenen, die sich im Umfeld des religiös begründeten Extremismus befinden. Die Aufgabe in diesem Kontext besteht darin, mit diesen betroffenen Personen in Kontakt zu kommen, sie zu erreichen, sie anzusprechen und dementsprechend natürlich als Optimumsziel eine Arbeitsbeziehung herzustellen, um das Hauptziel zu erreichen, nämlich die Loslösung von der Ideologie bzw. dem radikalen Gedankengut.

Der Aufwand dieser Arbeit ist – wie hier mehrfach schon betont worden ist – mit sehr viel Einsatz, mit sehr viel Bemühung, mit sehr viel Den-Menschen-hinterher-Sein verbunden. Warum? – Die Menschen haben im ersten Kontext bei uns erst einmal sehr viele Vorurteile bzw. Fragen zu unserer Arbeit oder müssen sich auch selber finden, warum sie diesen Ausstiegswillen erreichen wollen. Was können wir anbieten; was sind unsere Angebote?

Wir merken immer wieder: Klar, theologische Themen, der Islam, spielen immer wieder eine Rolle. Das sind Inhalte von Gesprächen, die wir führen, sind aber, ehrlich gesagt, nicht Primärziele bei unserer Arbeit. Sondern in erster Linie geht es uns immer darum, dass man hinter die Fassade guckt, um zu sehen: Was sind eigentlich die Faktoren dieser Haltung bei diesen Menschen? Was hat einen Menschen dazu bewegt, sich dieses radikale Gedankengut anzueignen und sich in der Öffentlichkeit damit auch zu präsentieren und darzustellen?

Wenn man diese Faktoren erreicht – und das ist ein sehr langer Arbeitsprozess, der mit Beziehungsarbeit und Vertrauensarbeit zu tun hat –, wird man merken – was hier auch mehrfach dargestellt worden ist –, dass die Themen tiefgründiger verankert und nicht selten in der Biographie und nicht selten auch in der Familienbiographie verankert sind: Ausgrenzungserfahrungen spielen natürlich immer eine Rolle; Perspektivlosigkeit, berufliche Perspektivlosigkeit, vielleicht eigene Gewalterfahrungen. Familienoberhäupter sind vielleicht auch selbst ideologisch gefärbt, haben sich selbst oft motiviert. – All diese Themen spielen eine Rolle.

Unsere Erfahrung in den letzten Jahren hat aber eher gezeigt: Bis man wirklich in diese Themenfelder eindringen kann, dauert es. Bis sich ein Jugendlicher einem Menschen, einem Berater gegenüber öffnet, dauert es. In die Privatsphäre hineinzublicken bedarf natürlich der Geduld und dementsprechend auch einer zeitaufwändigen Arbeit.

In diesem Kontext sind wir in den Haftanstalten unterwegs, was Einzelberatungen angeht. Auch mit Geflüchteten arbeiten wir und auch im allgemeingesellschaftlichen Kontext. Wir haben mittlerweile auch fast die dreistellige Fallzahl erreicht in den letzten drei Jahren, was das angeht. Dieser Arbeit der Intervention muss man daneben zugutehalten, dass es in der Gesellschaft mindestens genauso wichtig ist, dass man diesen Ansatz auch präventiv verfolgt.

Mit Prävention meinen wir konkret: Workshops, die Erreichbarkeit von Schülern, von Jugendlichen im Gruppenkontext; Themen, Handlungsoptionen, Handlungsmöglichkeiten, Gegennarrative anzubieten, weil viele Jugendliche in diesem Kontext auch Fragen haben. Wir arbeiten sehr oft mit Jugendlichen zusammen, die sich im religiösen Kontext sehr ungestört aufzuhalten: Unausgefülltes Wissen, Halbwissen – wie man das heutzutage nennt –, das gern im Schulalltag hier und dort auch einmal ausgesprochen wird, wobei man sich selber wahrscheinlich als Autoritätsperson darstellt; immer wieder Handlungsoptionen, die einen Menschen dazu animieren, dass vielleicht die sogenannte IS-Bewegung oder die Darstellung im Online-Kontext legitim oder vereinbar seien mit dem sogenannten Islam – das sind Themen, mit denen wir sehr oft konfrontiert werden im Schulalltagsworkshop.

Auch da versuchen wir natürlich immer, diese Gegennarrative aufzubauen und Selbstreflektion zu erzeugen: Inwiefern sind diese Themen miteinander verbunden – oder gar nicht? – Die Anfragen in diesem Kontext werden nicht weniger. Wir haben mittlerweile seit den letzten zwei Jahren schon weit über 100 Workshops angeboten, und die Anfragen häufen sich in diesem Kontext auch. Nicht nur die Zielgruppe der Jugendlichen heißt es dabei zu bedienen, sondern Präventionsarbeit heißt auch Fortbildung im multiplen Formrahmen. Das heißt, auch Erwachsene, Bedienstete, Pädagogen und Lehrer zu beschulen im Umgang mit dieser Thematik ist mindestens genauso wichtig, weil man sich gesellschaftlich natürlich auch in der Mitte treffen muss. Es wird nichts bringen, wenn man nur die eine Gruppierung bedient und die andere Gruppierung nicht.

Der Umgang mit diesen Themen – Sensibilisierung: Was ist Extremismus? Was ist Differenzierung zwischen Extremismus und einer religiösen Identität? – ist ein Themenfeld, das in der heutigen Zeit auf jeden Fall bedient werden muss und von unserer Seite auch bedient wird, auch unter anderem im Strafvollzug. Wir merken auch, dass die geleistete Arbeit da eine Nachhaltigkeit hat, weil diese Prozesse in diesem Kontext immer wieder auch zur Eindämmung von radikalem Gedankengut führen, von Konfliktmomenten, die die Jugendlichen even-

tuell mit ihren Betreuern, Pädagogen, Lehrern erleben, weil wieder gegenseitiges Verständnis vorhanden ist.

Das heißt: Interventions- und Präventionsarbeit in dieser Deradikalisierungslandschaft werden ein Themenfeld sein, das man immer bedienen muss und das auch die Perspektive eigentlich darstellt – nicht nur in Berlin, sondern auch bundesweit.

Wie gesagt: Die einzelnen Projekte dazu möchte ich jetzt nicht darstellen. Wir haben hier Material mitgebracht; jeder kann sich da bedienen und einen Einblick bekommen in die Angebote von „Violence Prevention Network“ in Berlin. – Von meiner Seite aus so viel erst einmal als Input.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Herr Senel, vielen Dank! – Ihnen allen vielen Dank für diese Eingangsstatements! – Wir können dann direkt in die Aussprache eintreten. – Herr Kollege Schlüsselburg hatte sich bereits gemeldet; danach Herr Kollege Schrader und Herr Kollege Lenz. – Bitte!

Sebastian Schlüsselburg (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Herr Mansour! Ihre Einlassung hat mich zu ein paar Fragen und einer Bemerkung provoziert. Vielleicht zunächst zu den Fragen – ich beziehe mich jetzt auf die Bereiche, wo Sie von Ihrer Arbeit in den Justizvollzugsanstalten gesprochen haben; da würde mich interessieren: Arbeiten Sie mit allen Gefangenen, die der Gruppe 1 angehören – die also früher sozusagen bis zur Aufgabe dieses Terminus als „radikalierte Gefährder“ bezeichnet wurden –, zusammen, und/oder auch mit den Gefangenen der Gruppe 2, also denen, die Sympathien für Radikalisierungstendenzen zeigen? Oder nur mit einigen? – Das würde mich einfach interessieren.

Mich würde auch interessieren, wie die Arbeit konkret abläuft. Sie haben ja die drei Dimension angesprochen; psychologische Dimension, soziologische Dimension. Aber vielleicht haben Sie ein Beispiel, an dem Sie das noch einmal ein bisschen plastisch machen können: Es wird jemand in die JVA sozusagen eingeliefert und hat aufgrund seines Delikthintergrunds eine entsprechende Einstufung, entweder Gruppe 1 oder Gruppe 2. – Wie arbeiten Sie dann konkret vom ersten Tag an mit der Person, und wie funktioniert auch die Zusammenarbeit mit den Bediensteten in der JVA?

Das würde mich interessieren, vor allen Dingen auch, wie der Erfolg aussieht. Ich habe den Senat mal in einer Schriftlichen Anfrage nach den – ich benutze es bewusst in Anführungszeichen, weil ich den Begriff schwierig finde – sogenannten Radikalierten oder den Gefährdern im Justizvollzug gefragt, und es wurde hinsichtlich des Erfolgs mitgeteilt, dass es in 2017 gelungen sei, in der Jugendstrafanstalt zwei Jugendstrafgefangene, die in der Gruppe 2 eingestuft waren, dort herauszunehmen. Daraus leite ich ab, dass zumindest bei diesen beiden Jugendlichen, das ist erst mal eine schöne Nachricht, offensichtlich die Deradikalisierungsmaßnahmen, die wir als Koalition mit dem jetzt laufenden Doppelhaushalt gestärkt haben, Erfolge gezeigt haben. Man muss aber fairerweise auch dazusagen – das wäre auch eine Frage an Herrn Şenel vom Violence Prevention Network –, dass bei den übrigen Gefangenen in den übrigen Justizvollzugsanstalten, insbesondere Moabit und Tegel, keine Herausstufungen stattgefunden haben. Um noch mal die Zahlen zu nennen: Wir reden in 11/2017 von 14 Gefangenen der Gruppe 1 in der JVA Moabit und in der JVA Tegel in 2017 von 16. Das sind zumindest die Zahlen, die mir vorliegen. Das würde mich interessieren.

Jetzt noch kurz zu meiner Bemerkung: Herr Mansour! Sie hatten gesagt – ich habe es nicht mehr genau als Zitat im Kopf –, Justizvollzugsanstalten seien Fachhochschulen für Radikalierte, wenn ich es richtig verstanden habe. Dem möchte ich mit Erlaubnis des Vorsitzenden ein anderes Zitat entgegenhalten, und zwar von Frau Anke Stein, der Leiterin der Justizvollzugsanstalt Moabit. Die hat nämlich bei ihrer Amtseinführung gesagt:

Die Gefangenen von heute sind die Nachbarn von morgen.

Das ist eine Perspektive, der ich persönlich und auch meine Fraktion nähertreten würde. Wenn man sich an der Stelle – es ist immer gut, sich das Gesetz vor Augen zu führen – das Ziel des Berliner Strafvollzugs, das gesetzliche Ziel vergegenwärtigt, das das Abgeordnetenhaus mit den Stimmen der SPD-CDU-Koalition beschlossen hat – ich zitiere an der Stelle § 2, Ziel und Aufgabe des Vollzugs –:

Der Vollzug dient dem Ziel, die Gefangenen zu befähigen, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen.

Da wird nicht differenziert, sondern das Ziel gilt für alle Gefangenen. Vielleicht habe ich Sie falsch verstanden. Vielleicht können Sie sich kurz dazu einlassen. Das wollte ich nicht unwidersprochen stehen lassen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Herr Kollege, vielen Dank! – Ich habe noch sechs Wortmeldungen. Der Vorschlag wäre, danach die Stellungnahme des Senats zu hören und dann die Antwortrunde mit den Anzuhörenden zu machen, wenn dazu Einverständnis besteht. Das sehe ich als gegeben. Gut! – Herr Kollege Schrader, bitte!

Niklas Schrader (LINKE): Vielen Dank! – An Sie alle vielen Dank für Ihre Darstellungen! Ich würde mich auf ungefähr drei Fragen beschränken wollen. Die erste betrifft Ihre Zielgruppen. Wir haben hier vor nicht allzu langer Zeit eine Analyse des Verfassungsschutzes vorgestellt bekommen, in der es auch um Altersstrukturen und Lebensläufe geht. Das war nicht total detailliert, aber zumindest eine Tendenz ließ sich aus diesen Zahlen, die wir zur Kenntnis bekommen haben, ablesen, nämlich dass es bei Radikalisierungsprozessen nicht nur um Jugendliche und junge Erwachsene geht, sondern zunehmend auch um Menschen etwas

älteren Alters, in den Dreißigern ungefähr, so wie ich, nicht mehr ganz so jung, oftmals mit nicht gerade erfolgreichen Lebensverhältnissen und wenig verwirklichten Lebenszielen. Deswegen ist meine Frage an Sie alle, sowohl im Präventions- als auch im Deradikalisierungsbereich: Würden Sie das nach Ihren Erfahrungen teilen? Haben Sie auch den Eindruck, oder haben Sie sogar valide Zahlen, mit denen Sie arbeiten können? Wenn ja, wie stellen Sie sich mit Ihrer Arbeit darauf ein? Das sind schließlich Zielgruppen, die man nicht mehr über Schule und Jugendeinrichtungen erreichen kann, sondern die man woanders abholen muss, die vielleicht weniger in Bildungseinrichtungen gehen, wo man sie überhaupt erreichen kann. Das wäre für mich eine ganz interessante konzeptionelle Frage an Sie alle.

Dann habe ich eine Frage, die eher in Richtung Präventionsprojekte geht. Inwieweit konzentrieren Sie sich speziell auf geflüchtete Menschen? Kooperieren Sie mit Flüchtlingshilfeorganisationen, mit Betreibern von Flüchtlingsheimen? Gehen Sie da gezielt rein? Wie lässt sich das mit Ihrer sonstigen Arbeit vereinbaren? Haben Sie dafür spezielle Konzepte? Es hatten mehrere darauf hingewiesen, dass gerade Ausgrenzungserfahrungen Radikalisierung begünstigen. Mir leuchtet das sehr ein, und ich glaube, dass eine Asyl- und eine Aufenthaltpolitik in Deutschland, die zunehmend darauf setzt, abzuschrecken, zu kasernieren, wenig Chancen auf Teilhabe und auf Integration zu geben, das Spiel der Salafisten etwas leichter macht, dort zu fischen. Das ist auch an Sie eine Frage.

Drittens: Das ist bei meinem Vorrredner schon angeklungen, aber noch mal allgemeiner die Frage an die Projekte, die mit Deradikalisierung und bereits radikalierten Personen arbeiten, nicht nur in Haftanstalten, sondern generell: Wie messen Sie eigentlich Erfolg? Was sind für Sie die Kriterien zu sagen: Jetzt haben wir es mal geschafft, jemand ist deradikaliert? Ist das nur die verhinderte Ausreise nach Syrien? Ist das eine nachhaltige Distanzierung von der Szene? Misst man das nach zwei Monaten, nach sechs Monaten, nach drei Jahren? Wie lange verfolgen Sie Ihre Fälle überhaupt? Wann schließen Sie die ab? Das würde mich auch interessieren. Das sind Fragen, die wir, wenn wir hier die Evaluation besprechen wollen, die meines Wissens im Sommer vorgelegt werden soll, die wir auch noch beraten werden, uns ganz genau angucken müssen. Wie kriegt man überhaupt einen Überblick und valide Zahlen darüber, welchen Erfolg man erzielt? Wir als Haushaltsgesetzgeber, die zu Recht ganz viel Geld reingeben wollen, was wahrscheinlich immer noch nicht genug ist, wollen wissen, was wir damit erreichen können. – So viel erst mal. Vielen Dank!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Danke, Herr Kollege! – Herr Kollege Lenz, bitte!

Stephan Lenz (CDU): Vielen Dank! – Auch von mir vielen Dank für Ihre Ausführungen! Sie sind regelmäßig bei uns zu Gast, in Jahresabständen, und es ist gut zu erleben, dass sich das alles gut entwickelt. Als wir angefangen haben, uns damit zu beschäftigen, war der Befund – das war auch ein Stück weit selbstkritisch –, dass wir das in der Stadt vorhandene Know-how nicht hinreichend nutzen können. Das hat sich wesentlich verbessert. Das heißt nicht, dass das Ende der Fahnenstange erreicht ist. Aber es ist ein Prozess, dass wir im Ausbau sind und immer mehr Ressourcen und Potenziale der Stadt in dieser Hinsicht nutzen wollen.

Ich beschränke meine Fragen auf die drei wichtigsten Dinge, weil das wahnsinnig viel wird und für Sie eine Riesenherausforderung ist, das sinnvoll in der Kürze der Zeit, die Ihnen zur Verfügung steht, zu beantworten. Einmal wollte ich gern ein Statement, das ist an Sie alle gerichtet. Können Sie etwas dazu sagen, ob es einheitliche Standards für den Begriff der Ra-

dikalisierung gibt? Ich merke, dass es bei Ihnen nicht eine Einheitlichkeit gibt. Sie werden sie aber für Ihre Arbeit brauchen, und dass jeder kurz dazu etwas sagt, inwieweit das gelingt, und wenn es noch nicht so richtig gelingt, was wir tun können, um für eine Vereinheitlichung zu sorgen. Vielleicht ist auch das Ergebnis, dass es gar nicht sinnvoll ist, einen einheitlichen Radikalisierungsbegriff zu haben. Dazu hätte ich gern eine Stellungnahme.

Das Zweite, auch wieder an Sie alle gerichtet: Sie müssen mit der muslimischen Community in der Stadt in Kontakt kommen, und da ist das Problem, wer die richtigen Ansprechpartner sind. Das Problem haben wir alle miteinander. Sie haben das sicher auch. Mich würde interessieren, wie Sie das sehen und ob Sie einen Rat im Hinblick auf die Ansprechpartnerauswahl haben.

Die dritte Frage ist: Sie alle sind im Spannungsfeld mit Ihrer Klientel, mit der Sie in Kontakt sind, und den Sicherheitsbehörden. Ich weiß um die Besonderheit, dass ein wesentlicher Punkt für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Leuten ist, dass die sich darauf verlassen können müssen, dass nicht alles nach außen dringt, nicht weitergegeben wird an die Sicherheitsbehörden. Auf der anderen Seite geht es darum, auch Prävention zu machen, aber wenn das zu spät ist, dann auch für mehr Sicherheit zu sorgen. Das ist ein ganz entscheidender Punkt. Gerade für uns ist das ein entscheidender Punkt. Ich hoffe, es ist Konsens. Was der Kollege Schlüsselburg versucht hat, hier einzuführen, hat mich ein bisschen nachdenklich gemacht. Herr Schlüsselburg! So viel Konsens soll aus meiner Sicht schon sein. – Das sind die drei Komplexe, zu denen ich gern etwas hören würde. Vielleicht haben wir noch Zeit für mehr Fragen, aber das wäre für mich das Wichtigste. Danke!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Danke, Herr Kollege! – Ich bitte, auch immer ein bisschen auf die Zeit zu achten, damit die Anzuhörenden und der Senat noch zu Wort kommen. Vielen Dank! – Herr Kollege Schreiber, bitte!

Tom Schreiber (SPD): Herzlichen Dank! – Ich hätte auch ein paar Fragen. Zum einen würde mich – an alle gerichtet, der eine oder andere kann das vielleicht rausgreifen – diese ganzen Thematik Frauen und Mütter interessieren und welche entscheidende Rolle die spielen. Wir reden immer über Männer, die radikalisiert sind, aber Frauen und Mütter spielen vielleicht eine nicht unwesentliche Rolle. Vielleicht auch da Ihr Bezug zur Frage: Wie hat sich das aus Ihrer Sicht in den letzten zwei bis drei Jahren entwickelt?

Das Zweite ist die ganze Thematik der Kooperation mit Schulen, Polizei und Vereinen. Läuft das optimal? Gibt es Prozesse, wo Sie sagen: Nein, da muss es schneller gehen und anders?

Das Dritte wäre die Frage nach dem Verwaltungsaufwand bei Beantragung, bei Projekten, die auslaufen, die wieder neu beantragt werden: Wie ist der Verwaltungsaufwand insgesamt einzuschätzen, bis hin zu der ganzen Frage, darüber muss man sich ganz klar sein: Die Expert/inn/en wachsen nicht auf den Bäumen. Das heißt, der Markt bei Ihnen ist leider begrenzt. Das ist auch das Problem der ganzen Projektlandschaft. Vielleicht auch da die Frage, ob es sinnvoll ist, an den Universitäten viel gezielter etwas anzubieten, dass man selbst frühzeitig ausbildet, damit man später Expert/inn/en hat. Das andere hat Herr Lenz schon angesprochen, Thema Sozialarbeit und strafrechtliche Hinweise. Das hatten wir damals auch im Protokoll drin gehabt, auch ein ganz wesentlicher Punkt. Hat sich aus Ihrer Sicht da etwas getan, zu sagen: Da ist für uns eine Rechtssicherheit da –, oder ist es weiterhin so ein wabernder Pro-

zess, wo Sie sagen: Okay, wenn wir von Straftaten erfahren, müssen wir das den Betroffenen klar sagen, dass das erstens weitergeben wird oder dass sie uns eben nicht alles erzählen?

Ein anderer Punkt, der tauchte jetzt bei Ihnen in der Vorstellung nicht auf, ist das ganze Thema der Moscheen. Damit meine ich explizit die Moscheen, die im Verfassungsschutzbericht drinstehten, die auch eine Rolle spielen, die bekannt sind, die Anknüpfungs-, Anziehungspunkte sind. Spielen die in Ihrer Arbeit auch eine Rolle, dass Sie sagen: Aus dem Umfeld sind andere unterwegs, die versuchen, an Jugendliche heranzukommen?

Den Punkt zur Haft und den Missionierungsgedanken will ich schon aufgreifen, denn soweit ich weiß, gibt es dazu Forschungen und Erkenntnisse, nicht nur, was Frankreich betrifft oder Prof. Peter Neumann, der Studien vorgelegt hat bei der Frage, was Haft auch machen kann, eben auch das Gegenteil, radikaler herauskommen als man reingegangen ist. Das ist so das Thema. Da würde mich auch interessieren, jedenfalls von denen, die damit zu tun haben, wie Ihr Eindruck ist. Kann man sagen: Wir haben Zellenbildung in den Zellen, und wir kriegen es gar nicht mit? Das ist auch kein Berlin-Problem, das ist eher ein bundesweites Problem? Wo muss da mehr angesetzt werden?

Das Thema Konvertiten-Rückkehrer würde mich interessieren, denn es spielte noch keine Rolle. Auch das spielt bei der Frage der Prävention eine Rolle.

Der letzte Punkt: Können Sie sich vorstellen, eine Art – wie soll ich es formulieren? – Lagebild der Prävention zu erstellen? Das heißt, dass man alle zwei Jahre mal Ihre Arbeit in einer zusammengefassten Dokumentation würdigt, zu sehen, wie sich die Prozesse entwickelt haben. Sie müssen evaluiert werden. Sie müssen etwas abgeben. Damit das ein Stück weit unterfüttert wird, damit man sieht – Herr Lenz hat es gesagt: Die Zahlen steigen. Das ist – in Anführungsstrichen – ja gut, denn wir sehen etwas, aber das sind nicht alle Zahlen, und das geht auch nur begrenzt, weil Sie nur begrenztes Personal und Möglichkeiten haben. Da die Frage an Sie, ob da auch eine Möglichkeit wäre, das im Rahmen eines Landesprogramms in einer anderen Form darzustellen.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Danke, Herr Kollege! – Herr Kollege Gläser!

Ronald Gläser (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank für Ihren Vortrag! Es war sehr interessant für mich, interessanter, als ich gedacht hatte – [Zuruf von Benedikt Lux (GRÜNE)] –, und es hat meinen Verdacht wieder bestätigt, dass Personen mit Migrationshintergrund meistens einen realistischeren Blick auf die Dinge haben als welche ohne. – [Zuruf von Hakan Taş (LINKE)] – Wir können uns gleich noch dazu austauschen, Herr Taş. An Sie hatte ich gerade dabei nicht gedacht, aber vielleicht überzeugen Sie mich auch, dass Sie den realistischeren Blick haben.

Die meisten dieser Programme sind aus unserer Sicht unnütze Steuergeldverschwendungen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für unterbeschäftigte Sozial- und Geisteswissenschaftler. Die beste Deradikalisierung erreichen wir durch eine zügige Abschiebung und harte Strafen bei Leuten, die nicht abgeschoben werden könnten. Ersatzweise ist es gut, wenn Leute in Lohn und Brot sind und nicht auf Sozialleistungen angewiesen sind. Dann kommen sie nicht auf dumme Gedanken, und insbesondere – das hat Herr Mansour schön ausgeführt –, wenn es eine Familie mit einem Vater gibt, dann fördert das nicht die Deradikalisierung bzw. anders

herum ist es genau so, und das ist genau Ihre Politik und Gesellschaftsklempnerei mit den vielen alleinerziehenden Müttern, die dazu geführt hat, dass es so viele potenzielle Radikale gibt.

Außerdem haben Sie schön diese Halal- und Haram-Denkschablonen ausgeführt, die es gibt. Das ist auch ein gutes Beispiel für vorauselenden Gehorsam und falsch verstandene Willkommenskultur, wenn in deutschen Schulen oder Kantinen und Kindergärten das Schweinefleisch von der Karte gestrichen wird, weil wir dadurch signalisieren, dass es dieses Halal und Haram zu Recht gibt. Wir stacheln damit dieses Schwarzweißdenken noch an.

Ich möchte gern von Ihnen wissen, insbesondere von Frau Hecking, Herrn Mansour und Herrn Şenel, in Bezug auf die Deradikalisierung von Islamisten: Wie hoch ist der Anteil Deutscher ohne Migrationshintergrund, die Sie in Ihren Programmen betreuen? Von allen Vertretern hätte ich gern gewusst, ob Diskriminierung von Deutschen durch Ausländer – du Kartoffel, du Schweinefleischfresser – für Sie irgendwo ein Thema ist. – Vielen Dank!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Danke, Herr Kollege! – Herr Kollege Lux, bitte!

Benedikt Lux (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Man sieht ja auch, dass mögliche Deradikalisierung an manchen Stellen an ihre Grenzen kommen muss. Ich denke, der Beitrag davor hat ganz gut gezeigt, dass nicht jede Person dazu geeignet ist, sie erfolgreich zu deradikalisieren. Das ist eine der wichtigsten Fragen, die Kollege Schreiber und Kollege Lenz gerade sehr gut aufgeworfen haben, nämlich: Wann übergibt man an Sicherheitsbehörden? Wie funktioniert die Koordination? – Aber das ist auch eine Frage, wo ich Sie um Rat bitten würde, aber bei der ich vor allen Dingen auch den Senat in der Pflicht sehe, denn diese ganze Deradikalisierung und Präventionsgeschichte ist gestartet, wir erinnern uns, mit einem Brief des damaligen Innensenators Henkel an die Kollegen im Bereich Bildung und im Bereich Integration. Es ist jetzt mehr oder weniger über die Jahre hinweg bei der Senatsverwaltung für Inneres, bei der Landeskommision „Berlin gegen Gewalt“, bei der Zentralstelle Prävention des Berliner LKA hängengeblieben, und die Frage einer übergeordneten Koordination, etwa auf Staatssekretärsebene, stellt sich ganz ad hoc, denn wir können froh sein über so viele zivilgesellschaftliche Organisationen, über so viel Expertise in der Stadt, aber unser Bedürfnis nach Bündelung – Kollege Schreiber hat gesagt: Lagebilder – müssen wir natürlich an den Senat adressieren. Das ist eine Aufgabe der Regierung, so etwas zu sortieren und die Systematik reinzubringen.

Ich finde, wir haben mit dem Haushalt – Prävention im Bereich der inneren Sicherheit – eine gute Grundlage gesetzt. Die Mittel sind vom letzten auf dieses Jahr verdoppelt worden, von 1,34 Millionen Euro auf 2,66 Millionen Euro, und da wünsche ich mir auch eine strukturelle Steigerung der Arbeit, nicht nur eine quantitative. Ich denke, die quantitative und die qualitative Arbeit – – Da konnten Sie mich überzeugen, allerdings habe ich das auch vorausgesetzt, soweit ich Ihre Projekte regelmäßig beobachte, ohne ständig vor Ort zu sein, aber man sieht und hört einiges. Auch Ihre Referate zeigen es einem, die gestiegenen Fallzahlen usw., auch Ihre Erfahrungen, wie sich der Horizont der jungen Leute verändert. Mein Eindruck war, dass es ein bisschen mehr Richtung primäre Prävention geht – Entschuldigung, ich bin Jurist, kein Sozialarbeiter –, deren Erfolg ganz schwer messbar ist. Ehrlich gesagt, als Grüner brauche ich keine harten Facts o. Ä., sondern ich weiß das. Ich bin überzeugt davon, dass gute Gespräche mit jungen Leuten in einem frühen Stadium, eine frühe Form der Intervention, ohne dass am

Ende gemessen wird, dass der jetzt auf einer Skala von eins bis zehn noch bei eins radikaliert oder bei neun ist, wichtig sind, dass eine zivilgesellschaftliche Alternative zur Propaganda des IS sinnvoll ist, im Internet und auch kiezbezogen. Insofern ist das Geld gut angelegt. Aber, wie gesagt, meine Fragen teils wiederholend: Erstens, lohnt es sich, stark da zu investieren angesichts der Arbeitsmarktlage, oder macht es Sinn, wie Kollege Schreiber das skizziert hat, mittelfristig aufzubauen, das Wissensmanagement, die Verstetigung in den Bereichen zu suchen, Stichwort: eigener Studiengang o. Ä.? Zweitens bis Drittens: Wann hat sich die Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden etabliert, oder gibt es da Probleme? Sie können das auch nur lose andeuten, wenn Ihnen das lieber ist, aber eigentlich können wir das hier offen besprechen.

Letzter Punkt, die Frage tertiäre Prävention, Opferschutz: Haben Sie Fälle, in denen Sie -- Es ist meine Erfahrung als Strafverteidiger, jemand, der viel Opferrecht macht, gewesen, dass die Täter-Opfer-Biografien sehr nahe beieinander liegen. Das haben Sie vorhin auch schon genannt. Jemand, der diskriminiert wird, will zur Elite gehören und ist gern bereit, jemand anderes zu diskriminieren. Gibt es ein spezielles Angebot für diejenigen, die dadurch, dass sie Opfer werden, dass dann mit denen auch eine Beziehung aufgebaut werden konnte, um sie davor zu bewahren, schnell auf die Täterseite – in Anführungszeichen – zu wechseln, oder machen das andere? Wie ist Ihre Erfahrung im Bereich Opfer, mal kurz zusammengefasst?

Ich fasse es noch mal kurz zusammen: Investitionen, Probleme mit Sicherheitsbehörden, dann nur, ob mein Eindruck richtig ist, dass der Trend in Richtung primäre Prävention geht und letztens Opferschutz. – Danke!

Florian Dörstelmann (SPD): Danke, Herr Kollege Lux! – Herr Kollege Wild!

Andreas Wild (fraktionslos): Schönen Dank, Herr Vorsitzender! – Liebe Fachleute! Ich habe eine Frage an Herrn Mansour. Deradikalisierung ist eine feine Sache. Die dient unserer Sicherheit. Nun ist aber im Islam der Koran der Hintergrund, das, worauf man sich im Islam verlässt, und da gibt es einschlägig bekannte Stellen, wie Sure 9 Vers 5: Tötet die Frevler, wo ihr sie auch immer findet –, sinngemäß wenigstens. Das spricht nicht für eine Deradikalisierung. Man kann – das ist der Bogen, den ich spannen will – aus dem Koran durchaus auch eine Radikalisierung herauslesen. – [Niklas Schrader (LINKE): Aus der Bibel auch!] – Da sind wir doch jetzt gerade gar nicht. – [Zuruf von Hakan Taş (LINKE)] – Ich glaube, ich habe das Wort, meine Herren. Nun ist die Frage, wie man argumentiert. Ich finde es ganz spannend. Wenn ich sage, ich möchte deradikalisieren und beziehe mich aber auf den Koran, der in Teilen zumindest äußerst radikal ist – [Zuruf von Hakan Taş (LINKE)] – Herr Taş! Sie kennen die Regeln des Hauses. Sie sind länger hier als ich. Sie müssten die Regeln kennen. Insofern sollten Sie mich jetzt aussprechen lassen. Ich lasse Sie ja auch aussprechen. – Inwiefern kann ich den Bogen spannen, mit einem radikalen Hintergrund zu deradikalisieren? Das würde mich interessieren, Herr Mansour. – Danke!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Danke, Herr Kollege! – Ich hatte vorgeschlagen, dass wir direkt die Stellungnahme des Senats anschließen – dabei würde ich auch bleiben – und dann vielleicht in umgekehrter Reihenfolge noch einmal die Anzuhörenden hören. – Herr Senator! Sie haben das Wort. – Bitte!

Senator Andreas Geisel (SenInnDS): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Der Berliner Senat räumt der Prävention gegen islamistische, aber auch gegen andere politisch oder religiös motivierte Radikalisierung und überhaupt der Prävention gegenüber Radikalisierungsgefahren einen recht hohen Stellenwert ein. Einführend noch zur aktuellen Situation in Berlin: Mittlerweile gibt es ca. 990 Anhänger/innen des Salafismus in der Stadt. Seit 2011 hat sich deren Anzahl mehr als verdoppelt, und von diesen 990 Anhänger/inne/n gelten 460 Personen als gewaltorientiert. Wir haben unter diesen Personen mehr als 130 Ausreisende in Krisengebiete gehabt. Inzwischen sind nach der Veränderung der Situation in Syrien und der Zurückdrängung des IS etwa 60 Rückkehrer/innen bekannt. Wir hatten das vor einigen Monaten hier schon mal im Verfassungsschutzausschuss thematisiert.

2015 hat die Landeskommission Berlin gegen Gewalt das Berliner Landesprogramm Radikalisierungsprävention konzipiert, um der Gefahr, die von gewaltbereiten Islamisten für die öffentliche Sicherheit ausgeht, entgegenwirken zu können. Das Programm ist Ende 2015 vom damaligen Senat beschlossen und mit einem Finanzvolumen von 760 000 Euro pro Jahr unterlegt worden. Zurzeit werden 23 Projekte im Rahmen des Landesprogramms durchgeführt. Wir haben uns in der neuen Legislaturperiode natürlich gefragt, ob das ausreicht. Die Antwort war: Nein, das reicht nicht aus. – Wir haben das derzeitige Budget deutlich verstärkt und im Doppelhaushalt abgesichert. Für das Jahr 2018 belaufen sich die Mittel auf ca. 2,2 Millionen Euro. Das Budget ist im Vergleich nahezu verdreifacht worden. Trotzdem muss man schlicht sagen: Auch 2,2 Millionen Euro sind angesichts der Situation in der Stadt und angesichts des Volumens des Landeshaushalts nicht gerade viel Geld. Die Frage, die vor uns steht, ist: Nützt es denn, mehr Geld auf den Tisch zu legen? – Die Antwort, die wir bisher geben müssen, ist: Nein! –, denn um mehr finanzieren zu können, brauchen wir auch mehr Strukturen. Wir brauchen mehr Träger, mehr Netzwerke, die sich entwickeln müssen, um das entsprechend unterstützen zu können. Ich sage hier vonseiten des Berliner Senats: Wir haben die Hoffnung, die Erwartung und den Plan, dieses Deradikalisierungsnetzwerk weiter auszubauen, Strukturen aufzubauen, um in den Folgejahren diesen finanziellen Ansatz deutlich nach oben fahren zu können, weil die Gefahrensituation nach unserer Auffassung größer ist, als die Prävention gegenüber diesem Gefahrenmoment hergibt. Also, die Erhöhung der Projektfördermittel, fast Verdreifachung, ist der Tatsache geschuldet, dass uns der islamistische Extremismus gesamtgesellschaftlich vor zunehmende Herausforderungen stellt. Wir haben Schwerpunkte im Landesprogramm „Berlin gegen Gewalt“. Das ist Deradikalisierung, das sind die Maßnahmen in den Haftanstalten. Das ist Prävention in Bezug auf geflüchtete Menschen, die sich hier aufhalten, Maßnahmen im Internet und in den sozialen Medien, und das sind auch kiezorientierte Projekte. Das entspricht den Empfehlungen des Zwischenberichts der wissenschaftlichen Begleitung durch die Hochschule für Wirtschaft und Recht. Wir haben darüber hinaus weitere Projekte nach weiteren Schwerpunkten des Landesprogramms gefördert, Workshops in Schulen und in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, Informations- und Aufklärungsveranstaltungen für Mädchen und junge Frauen, Aus- und Fortbildung von Multiplikatoren, und gerade im Hinblick auf die gefährdete Zielgruppe der Jugendlichen stehen schulische Präventionsworkshops und Projektwochen im Fokus. Darüber hinaus werden im Rahmen des Landesprogramms weitere Projekte zur Beratung und Integrationsförderung für jugendliche Geflüchtete angeboten.

Dann kommen wir zum nächsten Punkt: Neben dieser Präventionsarbeit für die Zielgruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen stellt sich für uns die Frage, ob wir noch eine weitere Zielgruppe ins Auge fassen sollten. Sie erinnern sich an die Diskussion, die wir hier vor

einigen Monaten hatten. Wir hatten festgestellt, dass die Zahl der Salafisten, ich sagte es schon, sich mehr als verdoppelt hat, aber deren Anfänge liegen jetzt mehr als ein Jahrzehnt zurück, und die sind gealtert. Das heißt, bei der Feststellung, welche Salafisten wir eigentlich in der Stadt haben, haben wir festgestellt, dass das eigentlich gar keine Kinder und Jugendliche sind, sondern das sind Erwachsene. Die sind Anfang 30. Das heißt, alles, was wir im Bereich der Prävention im Bereich der Kinder und Jugendlichen fördern, ist gut und richtig und muss ausgebaut werden, da habe ich gar nichts zurückzunehmen. Aber die Frage, die wir uns darüber hinaus stellen müssen ist: Was machen wir eigentlich mit den Menschen, die hier schon über ein Jahrzehnt wirken und inzwischen aus diesen Zielgruppen, die wir dort mit unserem Netzwerk, mit unseren Förderprojekten bearbeiten, herausfallen?

Und auch darauf müssen wir Antworten geben. Wir wissen, das Projekt „KOMPASS“ von Violence Prevention Network beschäftigt sich auch mit Erwachsenen. Aber die Frage ist: Kann man dort mehr machen? Wir meinen, wir müssten dort mehr machen. Da ist allerdings die Frage zu beantworten: Kann man Menschen, die Erwachsene sind, 32, 35 Jahre alt, noch deradikalisieren? Wie sind da die Erfahrungen? Wie sieht das aus? Zum 1. April 2015 ist diese von VPN betriebene Beratungsstelle KOMPASS – Toleranz statt Extremismus – eingerichtet worden. Das sind mobile Beratungs- und Interventionsteams, die gefährdete junge Menschen ansprechen und Ausstiegsprozesse initiieren sollen. Sie werden von KOMPASS intensiv betreut und beraten. Ihnen wird argumentativ begegnet. Ursachen für Radikalisierungen werden aufgearbeitet, um sie letztlich zur Abkehr von ihrer radikalen Lebenseinstellung bewegen zu können. Darüber hinaus, das ist hier heute schon angesprochen worden, brauchen wir Deradikalisierungsmaßnahmen in den Justizvollzugsanstalten. Der Justizsenator hat sehr deutlich gemacht, dass er dort Handlungsbedarf in den Justizvollzugsanstalten Berlins sieht. Aber auch da gilt die Frage: Wie bauen wir entsprechende Netzwerke auf? Wie bringen wir kompetente Personen in diese Justizvollzugsanstalten, um dann auch entsprechend arbeiten zu können. Das ist notwendig, weil die Zahl der Verurteilungen von Personen mit einschlägigen Straftaten stetig zunimmt und diese Inhaftierten, insbesondere aufgrund der Dauer ihrer Inhaftierung, aufgrund gestiegener Sprachbarrieren und aufgrund ihres islamistischen Hintergrunds durchaus eine große Herausforderung in den Haftanstalten darstellen. Wichtige Maßnahmen, die jetzt von der Justizverwaltung umgesetzt werden, sind die Betreuung und Beratung von Inhaftierten, Einzel- und Gruppenangebote, Anti-Gewalt- und Kompetenztrainings, Aus- und Fortbildung, Inhouse-Schulungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Haftanstalten, damit sie entsprechende Antworten geben können. Einen besonderen Stellenwert haben auch die Projekte des Übergangsmanagements vom Strafvollzug in die Freiheit. Also werden z. B. im Rahmen des Projekts „Zwischenwelten“ von Gangway Jugendliche nach der Haftentlassung von denselben Bezugspersonen weiter betreut.

Unsere Ziele, Wünsche und Vorschläge, was man noch tun müsste, will ich hier benennen – erstens: Wir glauben, dass vor dem Hintergrund der womöglich wachsenden Zahl von Rückkehrern aus den Krisengebieten nach Berlin eine noch stärkere Fokussierung auf diese Rückkehrer aus den Krisengebieten erfolgen müsste und dass wir uns auf die Zielgruppe der Schulabbrecher stärker konzentrieren müssten. – Das Thema Erwachsene habe ich schon angesprochen, und aus unserer Sicht könnte sich die wissenschaftliche Begleitung zukünftig auch mit folgenden Forschungsfragen beschäftigen, nämlich dem Zusammenhang zwischen Diskriminierungserfahrungen und Ausgrenzungserfahrungen und anschließender Radikalisierung. Das ist hier vorhin auch schon thematisiert worden, also Menschen, die sich radikalisieren, haben vorher bestimmte Erfahrungen, Ausgrenzungserfahrungen in der Gesellschaft gemacht, die sie mit Radikalisierung beantworten. – Dann müssten wir uns mit der Frage beschäftigen, welche sozialraumorientierten Strategien in Berlin ausgebaut werden könnten, weil auch die Untersuchung der salafistischen Szene in Berlin ergeben hat, dass es durchaus lokale Konzentrationen gibt. Es macht also wenig Sinn, nach der Rasenmähermethode oder Gießkannenmethode in allen Berliner Bezirken etwas zu tun, sondern wir müssen uns auf die Schwerpunkte konzentrieren. Wir müssen die Frage beantworten: Wie kann man Radikalisierungsprozessen im Internet adäquat entgegenwirken, und wer soll das tun? – weil man auch da einen entsprechenden personellen Hintergrund braucht und die Menschen, die das tun, auch eine entsprechende Ausbildung brauchen.

Wir planen eine Weiterentwicklung des Landesprogramms, um stärkere personelle und finanzielle Priorisierungen vornehmen zu können im Bereich entsprechender Projekte für Aussteiger, beispielsweise Unterstützungsangebote für Jobcoachings und Wohnungsvermittlungen, um Menschen, die aus der Deradikalisierung kommen, entsprechend auffangen zu können und in die Gesellschaft einzubeziehen. Wir wollen die fallbezogene Zusammenarbeit mit der Justizverwaltung in Sachen Deradikalisierung in den Haftanstalten weiter ausbauen. Wir planen den Ausbau der Beratung für Lehrkräfte, Multiplikatoren und Ähnliches, um sie entsprechend stärken und vorbereiten zu können auf die steigende Anzahl von Problemfällen. Wir – und darauf will ich hinaus – arbeiten daran, dass, wenn wir solche Deradikalisierungsnetzwerke herausbilden und sie ressortübergreifend arbeiten lassen, dann auch zu Projekten kommen, die wir in die Regelstrukturen in Berlin überführen können. Wir hatten das eingangs hier mal gesagt, dass Deradikalisierung gut und richtig und wichtig ist, aber dass wir eigentlich eine Stärkung der Strukturen in der Jugendarbeit, in der Sozialarbeit brauchen. Das ist das, was der Senat auch immer sagt. Die wirksamste Methode zur Deradikalisierung und zur Steigerung der Sicherheit, sind genügend Sozialarbeiter und genügend Jugendfreizeiteinrichtungen. Die bringen dann mittel- und langfristig mehr als eine einzelne Videokamera.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Herr Senator! Ich danke für diese Stellungnahme des Senats! – Wir fangen mit den Anzuhörenden an. – Herr Walkenhorst, bitte!

Dennis Walkenhorst (VPN): Ich würde kurz beginnen. Ich hatte nicht die Gelegenheit, ein Eingangsstatement zu geben. Wir wollen auch nicht zu viel Zeit in Anspruch nehmen als VPN. Vielleicht stelle ich mich kurz vor: Mein Name ist Dennis Walkenhorst. Ich bin seit einem Jahr bei Violence Prevention Network als wissenschaftlicher Leiter zuständig. Der Fakt, dass wir hier mit der Wissenschaft und der Praxis am Tisch sitzen, kommt auch zu dem Punkt, den ich hier nach vorne bringen möchte. Es ist die Frage aufgekommen, wie wir Erfolg messen, welche Standards es gibt in der Arbeit, welche Begriffsübereinkünfte. Das sind alles

Fragen, die eigentlich mit einem Problem zusammenhängen, das die relative Entkoppelung der Wissenschaft von der Praxis immer noch in diesen Bereichen ist. Wir haben in Deutschland eine diverse Trägerlandschaft, und das ist auch ein Schatz, den wir haben. Wir haben ein umfangreiches Wissen bei den Trägern. Das gilt für die Bundesrepublik genauso wie für Berlin, aber das Praxiswissen in der Wissenschaft zugänglich zu machen und das wissenschaftliche Wissen der Praxis zugänglich zu machen, ist naturgemäß ein Prozess, der etwas problematisch ist in der Deradikalisierungs- und Präventionsarbeit. Wir als Violence Prevention Network haben das schon seit Längerem erkannt. Ich glaube, die Politik hat das auch erkannt. Die Fragen zielten auch in die Richtung. Wenn es darum geht, Fördermittel bereitzustellen, beispielsweise für Fachtagungen usw., würde ich sagen, dass eines der wichtigsten Felder der Praxis-Wissenschaft-Austausch ist. Wir selber haben einen kleinen wissenschaftlichen Bereich gegründet, um da voranzuschreiten und uns mit der Wissenschaft zu verknüpfen. Man darf natürlich auch nicht vergessen, dass ein Maß der Überstandardisierung, was Methoden und Begriffe angeht, auch wiederum negative Folgen haben kann, wenn wir uns das Beispiel Frankreich anschauen, wo nicht aus einem diversen Erfahrungsschatz der Praxis Programme entwickelt wurden, sondern aus staatlicher Sicht relativ unreflektiert, ohne Einbezug der Praxis Dinge vorausgesetzt wurden, die dann gnadenlos gescheitert sind. Diesen Punkt würde ich gerne nach vorne bringen.

Gleichzeitig noch einmal kurz zu der Messbarkeit im Strafvollzug. Da kam eben die Frage auf: Jemand geht in einer gewissen Radikalisierungsstufe in den Strafvollzug und kommt mit einer anderen heraus. – Da ist natürlich auch der Faktor entscheidend, dass sich diese Radikalisierungsstufen, die festgelegt werden, auf ein sicherheitspolitisches Risk Assessment beziehen in der Regel und nicht auf eine pädagogische Einschätzung. Pädagogen machen in der praktischen Arbeit in der Deradikalisierung im Strafvollzug kein Risk Assessment. Wir schreiben Entwicklungsberichte usw. Das sind zwei Formen der Risikoeinschätzung. Wir haben natürlich auch in dem Sinne eine eigene Risikoeinschätzung, aber für die Pädagogen geht es um das Risiko des Klienten und seinen Entwicklungsprozess und die pädagogische Arbeit und nicht um das gesamtgesellschaftliche Sicherheitsrisiko, wie es im politischen Kontext relevant ist. Diese zwei Bereiche so zusammenzubringen, dass über Risiken sinnvoll kommuniziert werden kann, ist eine der wichtigsten Aufgaben, denke ich, auch bei der Deradikalisierung im Strafvollzug, und das zielt eigentlich auch auf die gleiche Stelle ab. Wir brauchen mehr Geld für den Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis. Wir brauchen sinnvolle Evaluationen. Es ist naturgemäß verständlich, dass wir Wirkungsevaluationen haben, aber wenn wir in der wissenschaftlichen Begleitung auf einem Level sind, in dem teilweise Begriffsklärungen noch nicht wirklich erfolgt sind, ist eine Wirkungsevaluation schwer aus wissenschaftlicher Sicht durchzuführen. Da geht es dann viel eher darum, Prozessevaluationen zu fördern und diesen Schritt zurückzugehen, Prozesse zu begleiten, die eigenen Arbeitshypothesen der Praktiker vorauszusetzen: Werden sie erfüllt? – und dann kann man da rangehen, um zu sehen: Können wir wirklich eine Wirkung unserer Arbeit beobachten? Ich glaube, dieser Punkt wird noch viel zu oft vernachlässigt, dass wir die Wissenschaft und die Praxis hier zusammenbringen müssen. – Dann würde ich an Herrn Senel übergeben, der aus der praktischen Perspektive noch mal kurz etwas dazu sagt.

Orhan Senel (VPN): Ich fange mit den Fragen an. Kann man über 30-Jährige deradikalisieren? Das war ein Themenfeld, das auch noch hier angeschnitten worden ist. – Ich greife nur mal auf die Erfahrungen zurück, die wir gerade in unseren Fallbeispielen haben. Das ist ein schwieriges Themenfeld, das man wahrscheinlich perspektivisch nicht gleich mit ja und nein

beantworten kann, weil teilweise die Fälle in einer Phase sind, wo eine Entwicklung sichtbar ist. Aber in welche Richtung das geht, wissen wir natürlich nicht. Bei den Fällen, wo wir diesen Altersrahmen haben, besteht eher die Schwierigkeit in dem Kontext, dass sich die Zugangsmöglichkeiten eingrenzen, was bei Jugendlichen in dem Kontext eventuell noch etwas vorteilhafter ist, weil über die Schule, über die Eltern die Möglichkeiten zumindest breiter gefächert sind. Hier dämmt sich das Ganze eher in den Kontext ein, dass man sagen muss: Diese Personen, ab einem gewissen Alter, ab einem gewissen Rahmen, sind eher diejenigen, die sich wahrscheinlich von sich aus an uns wenden, weil sie Fragen haben, weil sie Ausstiegsmöglichkeiten suchen und über uns diesen Weg auch gehen wollen. Das ist eher die Schiene, die wir bis jetzt als Erfahrung gesammelt haben. Die, die sich an uns gewandt haben, sind auch gerade in der Phase, die diesen Rahmen einhalten bzw. mit uns weiter in Kontakt bleiben, das heißt, ausschließen kann ich es nicht, aber es gibt im Vorfeld natürlich Barriereforschierigkeiten, wie man gezielt an Ü-30-Jährigen dran kommt. Das kann man aus den Erfahrungen, die wir gesammelt haben, erst einmal nur so beantworten.

Ein weites Themenfeld war die Zellenbildung in JVAs, ich glaube, von Herrn Schreiber. – Das kann ich, ehrlich gesagt, kurz und knapp beantworten. Ja, wir bekommen es mit im Strafvollzug. Im Rahmen der Präventionsarbeit, im Rahmen der Einzelberatung ist das immer wieder eine Thematik, die auch seitens der Teilnehmer uns gegenüber anvertraut wird, denn die Vorgehensweise ist eigentlich nach einiger Zeit immer wieder dieselbe. Diejenigen, die sich innerhalb der Haftanstalten einer Gefährdungssituation oder einer ganz bestimmten Ideologie anschließen bzw. sympathisieren, stellen diese Fragen nach einer gewissen Zeit auch den Trainern, weil der Vertrauenskontext auch da ist. Dann sind die Themen vorhanden, und denen geben wir auch Raum. Wir versuchen, in diesem Kontext auch auf diese Fragen einzugehen. Es ist natürlich eindeutig sichtbar, dass diese Fragen bzw. die Einstellung gewisser Initiatoren in den Haftanstalten auch kommen. Das ist klar. Zellenbildung gibt es. Das kann ich nur mit ja beantworten. Allerdings stellt sich da die Frage: Wie kommt man an die ran? Das ist natürlich dann die Hauptaufgabe, die es zu überwinden gilt. Momentan eher schwierig und unbeantwortet.

Frauen und Mütter war eine Thematik. Welche Rolle spielen die? – Im allgemeinen Kontext muss man sagen, eines der wichtigsten Unterstützungssysteme in der Deradikalisierungsarbeit, die wir als Violence Prevention Network immer gesammelt haben, ist nun mal das Familiensystem. Das ist das A und O, ohne Wenn und Aber. Wir haben bei unseren Fällen immer wieder gemerkt – das sind nur Erfahrungsberichte, keine Forschungsstandards oder so etwas –, dass interessanterweise mehrheitlich immer wieder die Vaterfigur eine Rolle spielt. Wenn man in die Vaterfigur reinguckt, merkt man: entweder nie dagewesen oder selber ideologisch behaftet oder selber Gewaltanwender usw. Diese Themen sind vorhanden, aber die Vaterfigur scheint immer wieder in der Prozessentwicklung, im Kontext der Radikalisierung ein Themenfeld zu sein. Dementsprechend ist die Anwesenheit einer Mutterfigur interessanterweise natürlich immens wichtig. Warum? – Nicht selten haben wir es mit Jugendlichen zu tun, die, wenn sie einen Weg einschlagen bezüglich einer Radikalisierung, den Eltern gegenüber ablehnend sich äußern, und die Nichtanwesenheit der elterlichen Partei wird praktisch abgelöst von gewissen Szenen. Das macht uns dann natürlich die Aufgabe nicht leicht, dass man an diese Jugendlichen rankommt und den Stellenwert des Familiensystems noch mal deklariert. Jugendliche, die aber die Bindung noch zu den Eltern haben bzw. noch einen Gewissensbiss haben, weil sie befürchten, ihrer Mutter damit eventuell etwas anzutun oder die eigene Familie in Schwierigkeiten zu bringen, bringen uns in der Deradikalisierungsarbeit noch mehr Vor-

teile in unsere Arbeit. Von daher muss man sagen: Vaterfigur und Mutterfigur sind von unserer Seite aus ein vehement wichtiger Bestandteil der Deradikalisierung, weil das meistens in unserer Angehörigenberatung immer wieder eine Rolle spielt.

In den meisten Fällen versuchen wir immer wieder, die Angehörigen miteinzubetten. Das ist ein elementarer Bestandteil unserer Arbeit, die Angehörigenberatung selber. Wenn die Zugangsmöglichkeiten da sind, spielt natürlich das Angehörigenberatungssystem immer wieder eine Rolle, um zu gucken: Wo sind Kommunikationsschwierigkeiten? Wo sind gestörte Familienverhältnisse? – usw. Das kann man definitiv niemals ausschließen.

Zu der Thematik: Wie gehen wir mit den Anfragen aus den Unterkünften von Flüchtlingen z. B. um? – Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit versuchen wir, unser Angebot in Berlin so weit wie möglich zu streuen, und das ist eigentlich auch gut bekannt, was das Projekt „Almanada“ angeht, das heißt, mittlerweile bekommen wir auch, schon seit letztem Jahr, eine Welle an Anfragen, und da spielt meistens auch seitens der Betreuer bzw. der Anfragenden die Unsicherheit immer wieder eine Rolle, wie sie mit gewissen Themen umgehen sollen oder können. Das hat weniger was mit Radikalisierung zu tun in dem Kontext, sondern meistens mit Missverständlichkeiten, weil nicht selten z. B. eventuell bei einem Betreuer oder einer Betreuerin Missionierungsgedanken aufkommen, wenn der zu Betreuende auf einmal anfängt, über Kopftuch zu reden und die Betreuerin sagt: Damit habe ich nichts zu tun. Aber das sind dann Themen: Was versucht der jetzt gerade? Versucht er mich irgendwie umzukrempeln? Ist er jetzt so und so und so? Sehr oft hat das tatsächlich mit Missverständlichkeiten zu tun. Das ist auch wichtig, dass sich die Leute in diesem Kontext an uns wenden, weil wir da eingreifen, um das auszuhebeln und versuchen, ehrlich gesagt, auch da den Stigmatisierungsgedanken zu berücksichtigen und im Vorfeld immer durch die Sachverhaltsprüfung zu gucken: Ist unser Eingreifen überhaupt notwendig? Was ist eigentlich der Sachverhalt? Da spielt bei der Unterkunftsthematik nicht selten eher eine Unsicherheit eine Rolle seitens der Betreuer, selten konkretes, ideologisiertes Gedankengut. Das muss man dazu sagen, weil, die Jugendlichen sind eher mit der Thematik beschäftigt, was die Einarbeitung in die Gesellschaft angeht, was ihre Perspektive angeht, traumatische Erfahrungen. Diese Themen sind eher mit Vorsicht zu behandeln. Wir müssen uns jedes Mal bei einem Einzelgespräch die Frage stellen: Wie oft können wir in die Biografie eines Jugendlichen, der gerade geflüchtet ist, eindreschen mit Fragen? Irgendwann ist wahrscheinlich ein Punkt erreicht, den wir gar nicht erreichen wollen, weil da was ausgelöst wird, was wir nicht auslösen wollten.

Gibt es noch Fragen, die ich übersehen habe? Sie hatten eine Frage, die am Anfang gestellt worden ist, die hatte ich leider nicht so ganz verstanden.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE): Einfach nur kurz die plastische Schilderung: Wie gehen Sie konkret um, mit welchen Schritten, und wie gestaltet sich die Arbeit konkret mit – in Anführungszeichen – radikalierten Inhaftierten, wenn sie neu in eine JVA kommen?

Orhan Senel (VPN): Die Umsetzung unserer Arbeit in den Haftanstalten: VPN hat schon seit fast über 20 Jahren in Haftanstalten ihre Einsätze, auch im Rahmen des Rechtsextremismus waren sie aktiv. In Berlin ist die Deradikalisierung im Strafvollzug mittlerweile in allen Haftanstalten auch angekommen. In diesem Kontext wenden sich die Gruppenleiter sehr oft an uns direkt mit einer Anfrage, weil sie gerade einen Verdachtsmoment befürchten bei einem Inhaftierten. Das ist praktisch der erste Kontext, wo wir in Kontakt treten mit der Situation.

Ob eine Weiterberatung notwendig ist, ist, wie in jedem Fall, erst mal von der Sachverhalts-schilderung abhängig. Ist da wirklich konkret eine Radikalisierung vorhanden oder eine Miss-verständlichkeit? Die Themen müssen erst mal genau analysiert werden, bevor wir an einen Inhaftierten herantreten. Es kommt auch vor, dass sich Inhaftierte direkt an uns wenden. Das ist eher selten der Fall, aber meistens läuft die ganze Sache über die Gruppenleitung.

Ich muss mich entschuldigen, ob ich Fragen übersehen oder überrannt habe. Sie hatten, glau-be ich, noch eine gehabt.

Ronald Gläser (AfD): Wie hoch ist der Anteil Deutscher ohne Migrationsanteil unter den Personen, die Sie betreuen? Was ist mit Diskriminierung von Deutschen durch Ausländer?

Orhan Senel (VPN): Ich kann das jetzt prozentual nicht beantworten, aber auf Grundlage der Fälle, die wir haben, sind die eher in der Minderheit bei uns, also auf jeden Fall nicht eindeutig vorhanden. Konvertiten haben wir in der Minderheit betreut. Der Migrationsanteil ist der häufigere Anteil.

Ronald Gläser (AfD): Diskriminierung von Deutschen durch Ausländer?

Orhan Senel (VPN): Ob wir solche Fälle oder Erfahrungen haben in dem Kontext? Diskri-minierung von Deutschen durch Ausländer. – Also mir fällt nichts ein.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Senel! – Herr Ohene-Dokyi, bitte!

Kofi Ohene-Dokyi (RAA): Genau, vielleicht gehe ich auf die Frage ein, Herr Lenz, die Sie gestellt haben: Wer sind die richtigen Ansprechpartner innerhalb der muslimischen Community? – Vielleicht nur noch mal aus unserer Perspektive: Wir sprechen vor allem junge Menschen an, und wir machen die Erfahrung, dass für uns erst mal die Ansprechpartner die jungen Leute sind, die praktisch zu Projektangeboten kommen aus der muslimischen Community, sei es mit oder ohne Gemeindeanbindung, wie wir sie anbieten, wo wir sagen: Wer will sich ei-gentlich mit dem Thema Radikalisierungsprävention auseinandersetzen? Wer will mit diesem Thema mit seinen Jugendlichen arbeiten? – Die sind für uns erst mal grundsätzlich Ansprech-partner. Man muss dann immer schauen, mit wem man dann konkret zusammenarbeiten kann, aber ich glaube, das hat auch mal Herr Körting gesagt: Wer reden will, den sollte man auch als Ansprechpartner suchen, weil wir auch die Erfahrung machen oder auch zu sehen ist, dass selbst – da muss man ganz genau schauen – Moscheegemeinden, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden, selber auch von bestimmten Phänomenen von Radikalisierung betroffen sind oder davon nicht frei sind. Es ist nicht gleichzusetzen, dass jede Moschee, die vom Ver-fassungsschutz beobachtet wird, gleichermaßen nicht auch Opfer von Radikalisierungsten-denzen werden kann, wenn man mal genauer hinschaut, was da die Gründe sind.

Wir haben weniger die Schwierigkeit, weil wir vor allem eher ein dezentrales Angebot schaf-fen, wo junge Menschen hinkommen können. Auf der anderen Seite sehen wir aber auch eine hohe Dynamik innerhalb der muslimischen Community, also gerade wenn wir auf junge Menschen schauen. Wir sehen, dass sich neue Strukturen bilden, und wir sind auch der Über-zeugung, dass es auch innerhalb der Jugendangebote neue, von den Erwachsenen unabhängi-ge Angebote gibt. Das hat weniger mit der Moscheegemeinde zu tun, sondern das ist ein ju-gendarbeiterischer Ansatz insgesamt, auch neue Angebote, die von Jugendlichen selbst getra-

gen werden, weil die einfach auch noch mal ein bisschen näher dran sind möglicherweise an den Angeboten, die jetzt für bestimmte Jugendliche zur Verfügung stehen. Das Stichwort ist auch hier Diversitätsorientierung in der Jugendarbeit. Auch die sollte aus unserer Sicht vielfältig sein.

Dann sind wir vielleicht bei dem Thema auch noch mal: Stärkung von Regelstrukturen. – Das begrüßen wir. Das finden wir sehr wichtig, wenn man jetzt an Schule denkt, aber wir denken auch, dass es des Aufbaus von Strukturen bedarf, die es im Moment so nicht gibt. Wenn man gerade in der muslimischen Community guckt, sehen wir, dass da ein großer Bedarf ist an Angeboten, die gerade muslimische Jugendliche in ihren spezifischen Themen wahrnehmen und auch für sie Anlaufstelle sind, weil dann doch die Erfahrung ist, dass muslimische Jugendliche nicht unbedingt jedes Angebot nutzen oder jeden Jugendclub gleichermaßen besuchen. Das soll ja auch so sein, dass es dort vielfältige Angebote gibt. – Vielleicht so weit.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Ohene-Dokyi! – Herr Mansour, bitte!

Ahmad Mansour (HAYAT): Vielen Dank! – Ich werde nicht alle Fragen beantworten können, denn die Hälfte habe ich schon vergessen, und der Kollege, der sich vorher über die Fachhochschule der Radikalisierung ein bisschen beklagt ist, nicht da ist, aber trotzdem finde ich das sehr wichtig. Es geht mir nicht darum, zu sagen, dass unsere JVAs und der Vollzug schlechte Arbeit leisten. Es ist aber so, dass Gefängnisse an sich bestimmte persönliche Krisen auslösen, die dazu führen, dass Menschen ansprechbar für Radikalisierung sind. Korrigieren Sie mich, wenn ich falschliege: Es geht mir nicht nur um verurteilte radikale Jugendliche, die im Gefängnis wegen Paragrafen sitzen, die mit Terror oder Islamismus zu tun haben, sondern das sind meistens Kleinkriminelle, die im Gefängnis das Thema Religion und Islamismus für sich entdecken und dadurch eine gewisse Anerkennung in der Community, bei den Eltern, aber auch in der Gruppe gewinnen. Die sind viel mehr als nur die paar Fälle, die wir wegen Terrorverurteilungen haben. Deshalb brauchen wir unbedingt Strukturen in Gefängnissen, die diese Menschen erst mal identifizieren können und mit ihnen auch präventiv arbeiten.

Ich werde nächste Woche mit dem Justizministerium in Bayern ein Projekt der Präventionsarbeit im Justizministerium vorstellen, das mit fast einer halben Million Euro finanziert ist, um dann mit den Jugendlichen im Gefängnis zu arbeiten und sie präventiv zu erreichen, Dialogplattformen zu schaffen und schneller zu sein als die Salafisten. Wenn wir das positiv formulieren, werden wir die Probleme nicht weghaben. Deshalb sage ich, dass das Gefängnis ein sehr zentraler Ort ist, und da müssen wir unbedingt viel Arbeit leisten, zum einen in der Präventionsarbeit und vor allem in der Deradikalisierungsarbeit. Die Deradikalisierungsarbeit, die HAYAT leistet, ist immer individuell, und die Menschen, mit denen wir arbeiten, kontaktieren uns, entweder persönlich oder durch ihre Anwälte oder durch die JVA. Sie haben das Bedürfnis zu reden. Sie haben das Bedürfnis begleitet zu werden. Die Arbeit, die wir machen, ist reine psychologische Begleitung. Sie sind nicht theologisch zu begleiten oder theologisch zu betreuen, sondern es geht primär darum, zu schauen: Was waren die Gründe der Radikalisierung? Wieso waren diese Jugendlichen ansprechbar dazu? – und dann psychologisch tief zu gehen und ihnen sozusagen Reflexionsräume zu ermöglichen, um sich zu distanzieren und später den Ausstieg zu ermöglichen.

Wir brauchen bundesweit Ausstiegsprogramme, denn wir merken einen Trend von Menschen, die aussteigen wollen aus diesen Milieus. Sie müssen natürlich, wie im Rechtsextremismus auch, betreut und begleitet werden, damit sie nicht rückfällig werden, damit sie Alternativstrukturen durch Betreuung und Unterstützung bekommen, die es ihnen ermöglichen, stabil in ihrem Leben weiterzugehen, ohne sich zu radikalisieren.

Ich teile es nicht, dass die meisten radikalen Menschen perspektivlos und Versager in dieser Gesellschaft sind. Wenn man sich europaweit die Zahlen anschaut und die Analysen liest, dann merkt man, dass radikale Prozesse jeden in dieser Gesellschaft treffen können: Ärzte, Anwälte, Menschen, die ihr Studium abgeschlossen haben, aber natürlich auch Versager. Ich weiß, dass es mit einem schwarz-weißen Weltbild sehr einfach ist zu sagen, dass das nur die Perspektivlosen und die Versager sind, und deshalb müssen wir diese Gruppe irgendwie erreichen, aber es trifft jeden. Ich bitte darum, dass wir bei dem Thema etwas differenzierter sind, als nur diese Schwarz-Weiß-Bilder zu verteilen und zu verbreiten. Genauso auch auf dieser Seite.

Es geht nicht um Religion. Es geht mir bei der Deradikalisierungsarbeit nicht darum, theologisch mit den Menschen zu arbeiten. Es geht mir nicht darum, Partner aus der muslimischen Community zu holen, sondern es geht darum, diesen Menschen auf Augenhöhe zu begegnen und zu schauen: Was waren die Gründe für die Radikalisierung? – und diese Gründe anzusprechen und dass man versucht, Alternativen zu schaffen, Denkanstöße zu geben und sie zu begleiten. Ich brauche keine Religion dazu. Die Religion ist nicht die Lösung. Sie ist Teil des Problems, wie ich es sehe, und natürlich, wenn Menschen religiös sein wollen, dürfen sie das sein, aber das ist nicht meine Aufgabe in der Deradikalisierungsarbeit. Ich halte auch nichts von denjenigen, die rein theologisch mit den Menschen arbeiten und das als Präventionsarbeit verkaufen. Das ist es definitiv nicht und keine Deradikalisierungsarbeit. Diejenigen, die sich dann auf den Koran berufen und sagen: Im Koran steht das und das, das ist das, was die Islamisten eigentlich tun. Sie wählen irgendwelche Passagen, die ihnen ihre Schwarz-Weiß-Bilder bestätigen. Das darf natürlich nicht die Lösung sein.

Was uns in der Zukunft begleiten wird, ist: Sie haben, Herr Senator, auch das Thema Rückkehrer angesprochen. Wir werden es mit Kindern zu tun haben, die in diesen Familien, in dieser Ideologie groß geworden sind, und wir müssen sie begleiten. Ich bitte darum, dass man Jugendämter mehr befähigt, mit solchen Themen umzugehen. Wir haben gerade in Ludwigshafen einen Fall, der uns in Deutschland mehrere 100 000 Euro pro Jahr kostet, um einen jungen Mann, ein zwölfjähriges Kind, zu begleiten.

Alle sind damit überfordert. Es gibt keine Strukturen, um diesen jungen Mann zu begleiten und ihm zu helfen, sich zu deradikalisieren, oder ihn zu betreuen. Deshalb werden wir auch in Berlin solche Fälle haben, und wir brauchen Strukturen, die solche Kinder betreuen können.

Sie haben auch das Thema Internet erwähnt. Wir haben eine großartige Bundeszentrale für politische Bildung und Landeszentralen für politische Bildung. Sie müssen endlich ihre Aufgabe ernst nehmen und anfangen, auch in diesem Bereich aktiver zu werden. Sie tun zu wenig, sind aber ein Hauptakteur, wenn es darum geht, mehr präventiv im Internet zu tun, um Jugendlichen Alternativen zu zeigen und Gegennarrative zu schaffen, übrigens nicht nur zum Thema IS oder al-Kaida. Wenn man Islamismus bekämpfen will, wenn man diese Terroristen bekämpfen will, dann muss man sehr tief anfangen. Wir müssen über den Nahostkonflikt auch im Internet differenziert reden, wir müssen die Schwarz-Weiß-Bilder, in denen die Muslime immer die Opfer sind und Täter entweder die Polizei oder die Politik oder der Westen oder die Amerikaner oder die Juden sind, auflösen und den Jugendlichen differenzierte Bilder vermitteln. Wir müssen über patriarchalische Strukturen reden, wir müssen über Mündigkeit reden, die es den Menschen ermöglicht, sich ihre eigene Meinung zu bilden und andere Meinungen aushalten zu können, auch wenn man damit nicht einverstanden ist. Das sind die tiefgriffigen Faktoren, die in der Radikalisierung absolut eine Rolle spielen.

Letztendlich finde ich es eine Frechheit zu behaupten, dass die Projekte eine – wie haben Sie das genannt? – [Zuruf] – Arbeitsbeschaffungsmaßnahme sind. Es gibt Leute, die hier sitzen, deren Leben bedroht wird, weil sie diese Arbeit machen. Sie gehen zu Orten, wo nicht jeder von Ihnen hingehört, in Gefängnisse, zu Familien, wo es nicht immer einfach ist. Sie tun das meistens mit Gehältern, mit denen sie keine gute Rente erhalten werden. Deshalb brauchen sie Respekt. Diese Arbeit betrifft uns alle, sie betrifft nicht nur die Muslime, sondern ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, und Sie als Politiker müssen diese Aufgabe auch ernst nehmen und uns nicht immer wieder diffamieren. – Danke schön!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Danke, Herr Mansour! – Frau Hecking, bitte!

Britta Hecking (KIgA): Es wurde schon vieles gesagt, und ich versuche, das Gesagte nicht zu wiederholen und trotzdem auf die Fragen zu antworten, die an mich gerichtet gewesen sind. Zunächst zur Frage nach der Zielgruppe: Jugendliche und/oder Erwachsene? – Die Hauptzielgruppe der KIgA sind Jugendliche, junge Erwachsene und Multiplikator/inn/en, zum einen weil Identitätssuche, soziale Mobilität durch Bildung, aber auch Prozesse der Emanzipation im Jugendalter eine wichtige Rolle spielen und wir es darum für wichtig und sinnvoll halten, mit dieser Zielgruppe zu arbeiten. Zum anderen ist der Begriff der Jugend aber auch ein sehr vager Begriff wie viele andere Begriffe, über die wir heute hier sprechen, und die Grenze zwischen Jugend und Erwachsenenalter oder zur Gruppe der Erwachsenen ist ja auch nicht klar und eindeutig. Man kann es nach Alter definieren, aber auch nach sehr vielen anderen Kriterien wie eben diese Abgrenzung zur Kindheit und zum Erwachsenenalter. Ich glaube, das, was Sie gerade angesprochen haben, ist auch ganz wichtig: Sie hatten von Dreißigjährigen gesprochen, die eben keine Jugendlichen mehr seien. Es gibt aber wissenschaftliche Definitionen von Jugendlichen, die durchaus auch Dreißigjährige noch miteinbeziehen, vor allen Dingen in den Ländern des globalen Südens, weil eben viele junge Menschen in einem Kontext von Armut in einem Zustand der verlängerten Jugendlichkeit leben, also weniger Möglichkeiten haben, sich vom Elternhaus zu emanzipieren und loszulösen. Ich glaube, das ist auch ein wichtiger Aspekt in der Radikalisierungspräventionsarbeit, auch im

Hinblick auf die Rolle von Vätern und Müttern, was die Kollegen vom VPN ja schon sehr ausführlich geschildert haben.

Genau aus diesem Grund haben wir beschlossen, nicht nur mit Jugendlichen an Schulen oder in Jugendeinrichtungen zu arbeiten, sondern ein sozialraumorientiertes Konzept der Präventionsarbeit zu entwickeln. Das bezieht auch die Arbeit mit den verschiedenen Altersgruppen oder – um es auf den Punkt zu bringen – Jugendlichen und Erwachsenen mit ein. Wir haben darum auch spezielle Angebote für Mütter und Erwachsene allgemein in der Siedlung, in der wir tätig sind, entwickelt. Wie ich vorhin schon erwähnt habe, hatten wir da auch Erfolge, was die Erreichbarkeit betrifft, indem wir unsere Arbeit da in bestehende Angebote integriert haben, denn man muss auch sagen – immer wieder wurde auch über alleinerziehende Mütter gesprochen –, dass viele Frauen, Mütter sehr belastet sind in ihrem Alltag und nicht unbedingt viel Zeit oder viele Möglichkeiten haben, sich in Bildungsangebote, wie wir sie z. B. dort in der Siedlung bieten, einzubringen. Darum muss man hier sehr eng mit den Akteuren vor Ort zusammenarbeiten und schauen, ob, wie und wo man sich einbringen kann.

Da wir gerade beim sozialraumbasierten Ansatz sind, vielleicht auch eine Bemerkung dazu. Es wurde ja auch erwähnt, dass es Studien darüber gibt, dass sich Radikalisierung an bestimmten Orten konzentriert. Unser Konzept hat sich auch daran orientiert, dass wir an Orten arbeiten, die in den medialen Diskursen häufig als sogenannte Problemkieze dargestellt werden. Ich benutze daher eigentlich lieber den Ausdruck, dass sie Förderquartiere – nicht alle natürlich – im Programm Soziale Stadt sind, dass sie Orte verdichteter Unsicherheiten und von Armut sind, dass es Orte sind, an denen die Menschen von sozialen Ungleichheiten sehr stark betroffen sind, und die Bewohner/innen dieser Orte daher natürlich auch – wir haben heute viel über die Rolle von Diskriminierung im Bereich der Radikalisierung gesprochen – nicht nur von Rassismus, sondern auch von Klassismus betroffen sind, also doppelte Stigmatisierungen erfahren.

Darum möchte ich in diesem Zusammenhang auf die Frage zurückkommen, ob uns auch Fälle von Jugendlichen ohne Migrationshintergrund bekannt sind. Ich möchte darauf eigentlich gar nicht eingehen, weil wir ja eigentlich versuchen, genau diese Unterscheidung nicht als primäre Ursache zu sehen. Ich glaube, man kann sagen, dass Migrationshintergründe auf jeden Fall keine primäre Ursache für Radikalisierungen sind und dass daher potenziell jeder junge Mensch anfällig dafür sein kann, sich zu radikalisieren. – [Hakan Taş (LINKE): Nicht nur junge Menschen!] – Genau! Natürlich auch ältere Menschen. – [Zuruf] – Natürlich! „Menschen“ beinhaltet ja auch Frauen. – [Zuruf] – Ja, ich rede ja von „Menschen“. Das beinhaltet alle Gruppen von Menschen, nehme ich an. Ich muss darum betonen, dass gerade solche Äußerungen oder Wahrnehmungen dieser Differenzierungskategorien doch bestätigen, dass Ausgrenzungserfahrungen, auch verwehrte Zugehörigkeiten zur Gesellschaft ein wichtiger Aspekt sind. Ihre Aussage hat das für mich bestätigt. Gleichzeitig möchte ich betonen, dass wir natürlich nicht nur diesen Aspekt der Diskriminierungserfahrungen in unserem Konzept bearbeiten. Wir entwickeln auch Methoden, die ganz spezifisch den radikalen Islam oder auch den Salafismus erklären. Beispielsweise wird aktuell ein Video zum Salafismus speziell für die Arbeit mit jungen Menschen entwickelt. Wir beschränken uns in keiner Weise darauf, eine vielfaltstärkende und diskriminierungsbekämpfende Arbeit zu leisten, sondern schenken selbstverständlich den anderen Aspekten der Radikalisierung genauso Beachtung.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Frau Hecking! – Frau Gläser, bitte!

Mirjam Gläser (Ufuq): Quadratur des Kreises: Wie schaffe ich es schnell? – Ich glaube, ich werde mantraartig wiederholen, was ich am Anfang auch gesagt habe, indem ich auf Ihre Fragen eingehe. Ich werde mich auf fünf Fragen konzentrieren. Einmal die Frage nach den Zielgruppen: Junge Erwachsene waren laut Verfassungsschutz eher dem Spektrum zuzuordnen. Die Erfahrung, die wir machen, wenn wir in Jobcentern, Berufsschulen oder auch in Wiedereingliederungsmaßnahmen Fortbildungen machen: Da sind uns extrem wenige Radikalisierungsfälle bekannt. Es sind eher religiös konnotierte Konflikte, die da eine Rolle spielen, Nichtwissen im Umgang mit dem Islam. Also es sind eher diese Fälle, wenn wir auf Multiplikatoren treffen, die mit jungen Erwachsenen arbeiten. Ich weiß nur von einem Fall, als wir in NRW waren, wo eine Kita mit Eltern aus dem salafistisch-islamistischen Spektrum konfrontiert war, wo ich sagen würde: Da geht es genau darum, die Mitarbeiterinnen dieser Kita zu schulen, damit umzugehen. Wo sind die Grenzen? Wann wird die Kopfbedeckung abgenommen, wann nicht, oder der Niqab? Es geht also auch da um die Stärkung von Regelstrukturen.

Thema Geflüchtete: Ja, wir hatten sehr viele Anfragen aus Einrichtungen, die mit Geflüchteten arbeiten. Denen konnten wir nicht gerecht werden. Wir haben eine Broschüre „Geflüchtete stärken“ herausgegeben. Wir haben uns auch dafür entschieden, Multiplikatoren, die mit Geflüchteten arbeiten, zu schulen: Wie kann ich Radikalisierung erkennen? Gleichzeitig ist es auch da schwierig, weil jetzt vermehrt Anfragen aus Einrichtungen an uns kommen. Es braucht politische Bildung mit Geflüchteten selber. Da würde ich unterstützen, was Sie schon gesagt haben: Wie kann man politische Bildung mit jungen Geflüchteten machen, deren Aufenthaltsstatus ungeklärt ist, die in großen Auffanglagern arbeiten, die nicht wissen, wann sie abgeschoben werden, die vielleicht lieber Deutsch lernen wollen? Also da politische Bildungskonzepte zu entwickeln, ist sehr wichtig, aber es wäre schöner, man könnte es in Einrichtungen wie Schule machen, wo es sich nicht nur speziell auf Geflüchtete bezieht. Aber da bedarf es auf jeden Fall auch wieder des Wissenschafts- und Praxistransfers, und da müssen wir uns was überlegen. Die Sozialarbeiter vor Ort in Geflüchteteneinrichtungen – wo ich war, ich weiß nicht, ob Sie auch mal dort waren – sind komplett überfordert. Die haben einen Schlüssel von 1:100 Leuten, die sie betreuen sollen.

Dann der Begriff der Radikalisierung: Ja, ich glaube auch, es gibt unterschiedliche Begrifflichkeiten. Jemand wie Michaela Glaser vom DJI lehnt den Begriff der Radikalisierung komplett ab, die sagt so was wie „Hinwendung zum religiös motivierten Extremismus“. Wir sind da dran. Ich glaube, es spricht etwas für eine einheitliche Definition, aber es ist schwierig. Ich glaube, dass es darum auch immer wieder einer Diskussion bedarf, und da ist auch der Wissenschaft-zur-Praxis-Transfer wichtig.

Frauen und Mütter: Ich glaube, dass geschlechterreflektierte Arbeit in der Radikalisierungsprävention sehr wichtig ist, weil starre Männer- und Frauenbilder sowohl in salafistischer als auch in rechtsextremistischer Propaganda oder Ideologisierung wichtig sind oder eine große Strahlkraft für Jugendliche haben.

Das Thema Ausbildung: Expert/inn/en wachsen nicht auf den Bäumen. Z. B. ist dieser kleine Verein Ufuq innerhalb kürzester Zeit relativ stark angewachsen. Wir sind nicht mehr vier, sondern zwölf bzw. 14 Leute, aber wir könnten viel mehr tun, als wir tun. Deswegen glaube ich, dass es sehr wichtig ist, da Regelstrukturen weiter zu stärken. Wir haben ein Kooperati-

onsprojekt mit der Alice-Salomon-Fachhochschule, wo wir Studierende der sozialen Arbeit fortgebildet haben. So etwas ist wichtig. Ich weiß nicht, ob es eines eigenen Studiengangs bedarf, sondern glaube, dass man in den vorhandenen Studiengängen wie soziale Arbeit, Sozialpädagogik, meinetwegen auch Politikwissenschaft und Jura den Präventionsgedanken mit reinbringen könnte.

Zum letzten Punkt: Auch wenn ich in Schulen angefragt bin und Fortbildungen mit Lehrer/inne/n, aber auch Direktor/inn/en mache, ist oft die Frage: Haben Sie nicht eine Liste mit Moscheeverbänden oder -vereinen, die irgendwie okay sind, mit denen wir zusammenarbeiten können? – Da ist unsere Antwort immer: Nein, so was haben wir nicht. Wir laden die Leute immer dazu ein, durchaus mal in die Moschee zu gehen, die nebenan ist, oder auch in den Verband, und ich glaube, dass es sehr wichtig ist, Moscheeverbände und -vereine einzubeziehen, aber eben nicht nur religiöse Verbände und Vereine – Herr Mansur betont es ja immer so –, sondern auch andere muslimische nichtreligiöse Vereine, so wie JUMA oder so. – [Zuruf] – Egal! Wir streiten nachher weiter. – Ich würde sagen, Religion ist nicht der Punkt, das glaube ich auch, aber wichtig in der Präventionsarbeit ist die Diskussion um die Religion, und da würde ich gern mit einem Beispiel enden – das habe ich mir auch aufgeschrieben, damit ich es nicht schon wieder verdaddel. Es wurde ja schon die salafistische Jugendorganisation „Generation Islam“ angesprochen, ich weiß nicht, ob Sie die kennen. Lohnt sich sehr, da mal raufzugucken, denn die machen sehr gute Propagandaarbeit. Die hat im Zuge dieser Debatten um die Einführung des Kopftuchs für unter 14-jährige Mädchen eine Hashtagkampagne „Nicht ohne mein Kopftuch“ gestartet. Diese ist viral gegangen im Netz, und ich würde zwei Dinge hervorheben: Nicht alle Leute, die diese Hashtagkampagne geliked und weitergepostet haben, sind automatisch radikalisierungsgefährdet. Gleichzeitig befördert eine exkludierende und kultatkämpferische Rhetorik von Politiker/inne/n das Attraktivitätspotenzial derartiger Kampagnen nicht. Also wenn Sie gegen solche Kampagnen vorgehen wollen, dann wäre es gut, wenn Sie eine nicht exkludierende und nicht kultatkämpferische Rhetorik beim Thema Islam in Deutschland anwenden würden – so mein Schlusswort. Ich hoffe, Sie konnten damit was anfangen. Sonst stehen wir natürlich gerne noch für Fragen bereit, wenn Sie doch noch detaillierter etwas wissen wollen. Aber wir hatten jetzt ja alle nicht so wahnsinnig viel Zeit und haben unser Bestes gegeben.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Frau Gläser! In der Tat! Ich habe jetzt noch eine Nachfrage des Kollegen Dregger. – Bitte!

Burkard Dregger (CDU): Vielen Dank an die Anzuhörenden! – Ich habe zwei Fragen, eine an die Anzuhörenden, eine an den Senat. An die Anzuhörenden: Wir haben gehört, was notwendig ist: Präventionsarbeit in Schulen, in Gefängnissen, im Netz, früher anfangen, nicht nur Junge, sondern auch junge Erwachsene einbeziehen – also eine gigantische Herausforderung, wenn ich das richtig sehe. Müssen wir davon ausgehen, dass jede Schulklasse in Berlin oder in einem bestimmten Bezirk oder einem bestimmten Kiez komplett Gegenstand eines solchen Präventionsprogramms sein sollte bzw. das Teil der normalen Schulausbildung, der Schulerziehung werden sollte? Ist das die Dimension, mit der wir es zu tun haben, oder sind es doch Zielgruppen, die kleiner, spezifischer sind, und wie finden wir sie, damit wir unsere Energien an die richtigen Adressaten bringen? Das ist meine Frage an die Sachverständigen.

Die zweite Frage an den Senat: Herr Innensenator hatte erwähnt, dass wir 990 Salafisten in Berlin haben, wachsende Tendenz, und dass davon 440 gewaltbereit seien. Meine Frage ist:

Ist diese Gewaltbereitschaft eine, nach der man sie auch als Gefährder bezeichnen kann? Sind das also Gewalttätigkeiten, die auch in staatsgefährdende Aktivitäten münden können, oder geht es um Gewaltbereitschaft in anderen Bereichen? Sie hatten in dem Zusammenhang auch erwähnt, dass darunter 60 Rückkehrer aus Syrien sind. Insofern liegt diese Frage ja nahe. Die weitere Frage ist, inwieweit es sich um Personen handelt, die man mit ausländerrechtlichen, also aufenthaltsrechtlichen Maßnahmen auch außer Landes befördern kann, und inwieweit der Senat bereit ist, das konsequent zu tun. – Danke!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Danke, Herr Kollege! – Der Kollege Gläser hatte sich jetzt noch gemeldet mit einer Frage, die direkt anschließen soll. Dann würde ich Sie bitten, das auch gleich zu formulieren. – Bitte!

Ronald Gläser (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Es ist auch eine Frage an den Senat. Wenn die sich vielleicht nicht sofort mit ja oder nein beantworten lässt, dann könnte das später mal ein Besprechungspunkt werden. Meine Frage ist, ob der Verfassungsschutz – wo wir ja hier im Verfassungsschutzausschuss sitzen – eigentlich mit seiner Arbeit auch selber Deradikalisierungsarbeit betreibt.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Danke, Herr Kollege! – Dann würde ich vorschlagen, dass zunächst Herr Palenda ausführt und wir dann noch einmal die Fragen, die an die Anzuhörenden gerichtet waren, zurückgeben.

Bernd Palenda (SenInnDS): Vielen Dank! – Ich danke, dass Sie das Aufgabenspektrum des Verfassungsschutzes – ich höre das gerade – der Sozialarbeit mit öffnen wollen. Aber lassen Sie mich zunächst auf den Abgeordneten Dregger antworten. Sie haben den Begriff der „Gewaltbereiten“ verwendet. Rein tatsächlich ist der Begriff, der bei uns verwendet wird, der Begriff der „Gewaltorientierten“, und das sind diejenigen, die entweder ausüben, unterstützen oder befürworten. Das heißt, dieses Feld der 430 Personen, glaube ich, die wir in diesem Bereich beschrieben haben, besteht aus Personen, die in ihrer Haltung einen bestimmten Umgang mit Gewalt haben, aber in dem unmittelbaren Zusammenhang nicht die Ausübenden sind. Sicher wird es in dem Zusammenhang auch Personen geben, die von der Polizei als Gefährder eingeschätzt werden. Der Begriff „Gefährder“ ist einer, den die Verfassungsschutzbehörden nicht benutzen, weil es ein rein polizeilicher und gefahrorientierter Begriff ist. Deshalb verwenden wir ihn nicht. Die Personen werden in einem anderen Zusammenhang angenommen und angesprochen.

Sie haben auch den Punkt angesprochen, wie groß die Dimension des Ganzen ist. Wir sind ja hier im Verfassungsschutzausschuss, deshalb lassen Sie mich meine Einschätzung, wenn der Senator es zulässt, ganz kurz zum Ausdruck bringen. Die von Ihnen beschriebene Dimension ist genau richtig beschrieben, denn das Thema der Prävention, nicht nur der Deradikalisierung, sondern vor allem der Prävention, ist von derart zentraler Bedeutung, dass man erstens nicht früh genug anfangen und zweitens nicht zu groß an die Angelegenheit herangehen kann. Ich glaube, dass wir für das Funktionieren unseres Gesellschaftssystems und unserer Demokratie dafür Sorge tragen müssen, dass alle Jugendlichen, alle Kinder, alle Schüler bereits in der Schule oder im Umfeld von Schule die Möglichkeit haben müssen, mit Aspekten der Toleranz, der Offenheit anderen gegenüber und auch mit einem Verständnis für das System, in dem sie leben, in Verbindung zu kommen. Ich finde schon, dass die Schule an dieser Stelle ein zentraler Ort ist, um alle Einzelnen zu erreichen, und es gibt keine Anstrengungen, die

man an dieser Stelle nicht machen sollte, um den Rahmen, sei es von politischer, sei es von gesellschaftlicher Toleranz und der Fähigkeit im Umgang mit Erhärtung zu schaffen. Deshalb ist es auch ein wenig überraschend für mich gewesen, dass dieses absolut zentrale Thema, über das wir jetzt hier diskutieren, Gegenstand eines etwas flachen Austauschs geworden ist mit Bibelzitaten und ähnlichen Komponenten. Es ist vor dem Hintergrund etwas, worüber wir überhaupt nicht scherzen können, denn das Thema ist so brennend, dass wir, wenn wir jetzt nicht handeln, die Initiative ergreifen und weitergehen, den Zug noch nicht einmal mehr sehen, nachdem er den Bahnhof verlassen hat. Das ist das Problem, und deshalb ist auch diese Anhörung aus meinem Blickwinkel so wichtig. Ich hoffe, ich habe Ihre Fragen beantwortet. – [Zurufe] –

Dann würde ich gern auch an dieser Stelle das Wort fortführen. Es ist natürlich immer ein Problem, ausländerrechtliche Maßnahmen gegen Inländer auszuführen. Genau an dieser Stelle liegt auch der Punkt, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen: Ein nicht unerheblicher Teil der Personen, über die wir sprechen, auch mit Gewaltorientierung, sind Personen mit Doppelstaatlichkeit oder mit alleiniger deutscher Staatsangehörigkeit. Die anderen Personen werden selbstverständlich geprüft, und die anderen Personen werden auch ausländerrechtlich geprüft, denn es gibt die entsprechenden Vorschriften, und wenn die erfüllt sind – so jedenfalls der Eindruck, den ich gewinnen konnte –, werden alle zur Verfügung stehenden Mechanismen ergriffen, um die ausländerrechtlichen Maßnahmen auch durchzuführen.

Senator Andreas Geisel (SenInnDS): Ich möchte ausdrücklich bestätigen, dass das so ist. Wir sind jetzt ein bisschen in der Grenzsituation zwischen Verfassungsschutzausschuss und Innenausschuss. Wir kennen das. Lassen Sie mich zu der Schule nur noch mal sagen: Gewaltprävention ist Querschnittsthema im Lehrplan aller Schulen, aber in der Zusammenarbeit mit dem LKA werden dann bestimmte Brennpunktschulen herausgearbeitet, bei denen wir bei der Deradikalisierung in besonderem Maße ansetzen müssen, eben weil das Thema in Berlin lokal eingegrenzt werden kann.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Danke, Herr Senator! – Jetzt gebe ich noch mal das Wort an die Anzuhörenden, falls jemand auf die noch offenen Fragen antworten möchte an dieser Stelle. – Herr Mansour, bitte!

Ahmad Mansour (HAYAT): Ich mache es sehr kurz. Vielen herzlichen Dank, dass Sie auch sehr deutlich gemacht haben, wie wichtig die Schule ist! Natürlich müssen wir alle Schüler/innen erreichen, wenn es möglich ist. Es gibt Bedarfe, die in bestimmten Bezirken höher sind als in anderen, aber in meiner Utopie wünsche ich mir ein Schulsystem, das in der Lage ist, alle Schüler/innen mit dem Thema zu beschäftigen. Sie haben es richtig gesagt: Es geht nicht um Theologie, es geht um Werte, es geht um Diskussionsfähigkeit, es geht ums Debattieren, es geht darum, andere Lebensmodelle sichtbarer zu machen und den Jugendlichen zu ermöglichen, sich damit auseinanderzusetzen und das zu verinnerlichen. Manchmal müssen wir sogar gegen die Eltern arbeiten, auch wenn sie nicht religiös sind, weil patriarchalische Strukturen weit verbreitet sind, und die schaffen die Basis, auf der die Radikalen aufbauen. Deshalb wünsche ich mir ein Schulsystem, das nicht wartet, bis Projekttage entstehen, nicht wartet, bis jemand von außerhalb kommt, sondern Lehrer/innen befähigt, solche Themen täglich im Regelunterricht anzugehen. Damit sie das machen können, brauchen sie Unterstützung der Politik, Unterstützung bei ihrer Ausbildung. Dieses Thema und diese Debatte hatten wir vor Kurzem, als wir über religiöses Mobbing diskutiert haben, als über Antisemitismus-

fälle diskutiert wurde. Ich wünsche mir, dass die Lehrer/innen befähigt werden, solche Themen alltäglich zu bearbeiten.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Mansour! – Ich denke, das war ein gutes Schlusswort an der Stelle. – Herr Senator, bitte!

Senator Andreas Geisel (SenInnDS): Entschuldigung! Eine Frage war noch offen, nämlich ob Prävention und Deradikalisierung auch Themen des Verfassungsschutzes sind. Ja, das ist beschrieben in § 5 Abs. 1 des Verfassungsschutzgesetzes. Es ist explizite Aufgabe des Verfassungsschutzes, so zu wirken.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Danke auch für diesen Hinweis! – Jetzt vor allem herzlichen Dank Ihnen, den Anzuhörenden, dass Sie sich heute die Zeit genommen und sich vorbereitet haben und uns hier zur Verfügung standen. – [Beifall] – Ich bin sicher, wir werden das fortsetzen, und habe mich sehr gefreut, diese Ausführungen heute zu hören. Hinsichtlich des weiteren Vorgehens: Wir vertagen das bis zur Auswertung des Wortprotokolls. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so. Dann wünsche ich den Anzuhörenden noch einen angenehmen Restmittwoch und ein vielleicht langes Wochenende! Herzlichen Dank, dass Sie hier waren!

Punkt 2 der Tagesordnung

Besondere Vorkommnisse

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.